

ONLINE-PUBLIKATION

Felix Jaitner

Gescheiterte Modernisierung und imperiales Projekt

**Die russische Außenpolitik im
Spiegel ökonomischer und
sicherheitspolitischer
Interessen**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

FELIX JAITNER ist Politikwissenschaftler und leitet den Bereich Klima und Umwelt bei Austausch e. V., einer Nichtregierungsorganisation in Berlin. Er hat zur Entwicklung in Russland promoviert.

MARIO CANDEIAS ist Koordinator des Teams Zeitdiagnose, linke Strategien, Frieden & Sozialismus und ehemaliger Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 2/2024

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Februar 2024

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort	4
Einleitung	5
Russland – eine verspätete kapitalistische Nation	6
Die begrenzte Hegemoniefähigkeit der russischen Bourgeoisie	9
Autoritäre Modernisierung durch den Machtblock: Die erste Ära Putin (2000–2008)	11
Das Scheitern des putinschen Modernisierungsprojekts	13
Ein peripheres Imperium: Russlands schwindender internationaler Einfluss	14
Die Wirtschafts- und Finanzkrise als Katalysator für neue Auseinandersetzungen im Machtblock	16
Der Machtgewinn des Staates	18
Die Geopolitisierung der Eurasischen Wirtschaftsunion	20
Russlands Außenpolitik: Eine Verschränkung ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen	21
Literatur	23

VORWORT

Seit dem brutalen russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 ist der Krieg zurück in Europa. Zur Vorgeschichte des Krieges gehören die Entwicklung des russischen Staates und seine inneren Widersprüche, das Scheitern seiner ökonomischen Diversifizierung, die sich daraus ergebenden Sozialkürzungen sowie die Ablenkung von diesen inneren Widersprüchen durch eine nationalistische Politik nach außen. Zur Vorgeschichte gehören aber auch eine verfehlte Politik der NATO-Osterweiterung und eine bedrängende EU-Nachbarschaftspolitik, die von links auch stets zu Recht kritisiert wurden. Es gab gute Gründe dafür, dass sich die Linke in Deutschland auf die Kritik der problematischen Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Regierung und der Aktivitäten der Bundeswehr in aller Welt, ihr Agieren in und mit den Bündnisstrukturen in NATO und EU, konzentrierte. Dabei geriet zu sehr aus dem Blick, dass sich insbesondere in Russland Entwicklungen vollzogen, die einer – langfristig immer noch unverzichtbaren – Perspektive für eine kollektive Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss Russlands entgegenarbeiteten. Gewissermaßen wurde die Perspektive vom Westen wie vom Osten faktisch aufgegeben. Diesbezüglich ist das autoritäre russische Regime stets bestrebt gewesen, den Erhalt «seiner» Einflusszone und seiner Macht über den postsowjetischen Raum auch mit Gewalt zu verteidigen, nicht erst seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Unterschätzt wurde, wie weit das Regime dabei gehen würde. Der Krieg hat seither unermesslich viel Leid produziert, zuallererst natürlich in der Ukraine selbst,

mit Tod, Leid und Flucht. Mehr als sechs Millionen Menschen mussten flüchten oder wurden vertrieben. Etwa 300.000 Menschen haben den Krieg bislang mit dem Tod bezahlt, davon sind – nach UN-Angaben¹ – mindestens 10.000 Zivilistinnen und Zivilisten. Der Blutzoll hat sich in den Abnutzungsschlachten rund um Bachmut noch einmal stark erhöht: Dort starben täglich etwa 1.000 Soldaten.

Der Krieg führt zu einer starken Verrohung. In Russland selbst ist eine weitere Verhärtung des Regimes und eine verschärfte Verfolgung von Andersdenkenden, LGBTIQ, Kriegsdienstverweigerern und anderen die Folge. Auch in der Ukraine wurden im Windschatten des Krieges harsche Antigewerkschaftsgesetze erlassen, Freiheitsrechte stark eingeschränkt und mehr als ein Dutzend Parteien verboten, sodass die Partei des Oligarchen Petro Poroschenko heute die einzige Oppositionspartei ist. Die ausländische Unterstützung für die Verteidigung der Ukraine beginnt zu schwinden. In Russland erhält der Kriegskurs des Regimes erste Risse, an der Fortsetzung des Kurses hält Putin aber mit aller Härte fest und greift auch im Inneren seines Machtgefüges durch.

Wie kam es überhaupt dazu? Die vorliegende Studie widmet sich dem Zusammenhang von innerer sozialer und ökonomischer Krise in Russland mit der Entwicklung des imperialen Projekts und ordnet dies in den größeren internationalen Rahmen eines Umbruchs zu einer multipolaren Weltordnung ein.

Mario Candeias

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1349877/umfrage/monatliche-verletzte-und-getoetete-zivilisten-durch-ukraine-krieg/>

EINLEITUNG

Der russische Einmarsch in der Ukraine und die Annexion der besetzten ostukrainischen Territorien bilden den vorläufigen Höhepunkt einer immer aggressiveren und expansiveren außenpolitischen Strategie der Regierung Wladimir Putins. Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre führte Russland eine Vielzahl von Militärinterventionen (Georgien, Syrien, Kasachstan) zur Sicherung der eigenen Einfluss- und Interessensphäre durch, die im Gegensatz zu der stärker konsensorientierten, auf Ausgleich mit dem Westen bedachten Außenpolitik der 1990er-Jahre stehen.

Die Erklärungsansätze für den Übergang zu einer aggressiven Außenpolitik beschränken sich überwiegend auf die persönlichen Motive des russischen Präsidenten oder die imperialistischen Interessen des Landes. Stellvertretend dafür steht die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz vor der UNO-Vollversammlung im September 2022. Er bezeichnete den russischen Angriff als «die Rückkehr des Imperialismus» und «ein Desaster auch für unsere globale Friedensordnung, die die Antithese ist zu Imperialismus und Neo-Kolonialismus» (Bundesregierung 2022).

Interessanterweise zieht auch die Gegenseite den Kampf gegen den Imperialismus als Motiv heran, die Aggression gegen die Ukraine zu begründen. Wladimir Putin hat seit Kriegsbeginn den russischen Einmarsch wiederholt als Präventivmaßnahme zur Schwächung der westlichen Dominanz dargestellt. Der westliche Imperialismus und das «hässliche neokoloniale System der internationalen Beziehungen» erforderten ein militärisches Vorgehen Russlands zum Aufbau einer multipolaren Weltordnung, so der russische Präsident im Juni 2023 auf dem Internationalen Ökonomischen Forum in Sankt Petersburg (Rutube 2023).

Der undifferenzierte Imperialismus-Vorwurf verdeutlicht, dass weder in der Politik noch in der Wissenschaft ausreichende Bemühungen unternommen werden, die Gründe für den russischen Angriff zu analysieren. Damit verliert der Imperialismus-Begriff seinen ursprünglichen analytischen Kern und verkommt zu einer moralischen Empörungsfloskel. Das hat weitreichende Folgen, denn mögliche Lösungswege für ein Ende des Krieges rücken so in weite Ferne. Indessen schreitet die Destabilisierung des gesamten postsowjetischen Raums weiter voran, wie die jüngste Eskalation des Krieges in Bergkarabach oder der tadschikisch-kirgisische Grenzkonflikt in Zentralasien deutlich machen.²

Die vorliegende Analyse hat nicht das Ziel, zu klären, ob Russland eine imperialistische Macht ist oder nicht. Vielmehr soll der Zusammenhang zwischen der inneren (krisenhaften) Entwicklung und der zunehmend expansiv-militaristischen Außenpolitik aufgezeigt werden. Die Veränderung der außenpolitischen Strategie Russlands muss im Kontext der vielfältigen globalen Krisenprozesse (Folgen der Finanzkrise 2008/09, Corona-Pandemie und Klimakrise) und geopolitischen Umbrüche (Aufstieg Chinas und Indiens) gesehen werden. Diese haben tiefgreifende Auswirkungen auf den postsowjetischen Raum und verschärfen bereits wirksame Krisen, die infolge der Auflösung der Sowjetunion und des kapitalistischen Transformationsprozesses die Region destabilisieren und in zwischenstaatlichen und Bürgerkriegen sowie umkämpfter politischer Herrschaft ihren Ausdruck finden (vgl. Jaitner et al. 2018).

Die andauernde Verfestigung der autoritären Herrschaftsverhältnisse im Innern und einer expansiv-militaristischen Außenpolitik steht, so die These dieses Beitrags, in einem direkten Zusammenhang mit der krisenhaften Regulationsweise, die sich in Russland infolge der Auflösung der Sowjetunion und der kapitalistischen Transformation herausgebildet hat, und stellt den Versuch dar, den globalen Einflussverlust des Landes zu stoppen. Die zunehmende autoritäre Herrschaft im Innern und die gewaltförmige Politik des herrschenden Blocks sowohl nach innen als auch nach außen verschärfen jedoch die gesellschaftlichen Widersprüche und intensivieren die Krisen im postsowjetischen Raum und in Russland, was in den zunehmenden innenpolitischen Eskalationen deutlich wird. Im Folgenden werden zwei analytische Zugänge entwickelt, die die spezifischen Dynamiken des russischen Entwicklungsmodells klarer herausarbeiten sollen: (1) Russland ist eine verspätete kapitalistische Nation, die – anders als die Sowjetunion – nicht danach strebt, eine Systemalternative zum Westen zu bilden, sondern einen gleichberechtigten Platz unter den Großmächten beansprucht. (2) Die russische Bourgeoisie ist nur eingeschränkt hegemoniefähig. Die Unfähigkeit des herrschenden Blocks, Zustimmung zur kapitalistischen Transformation in der Bevölkerung herzustellen, begünstigt die Herausbildung autoritärer Verhältnisse im Innern und erschwert die Vormachtstellung im postsowjetischen Raum – und damit die globalen Ambitionen russischer Kapitalfraktionen.

2 Die destabilisierenden Tendenzen äußern sich auch in der Zunahme innenpolitischer Konflikte, etwa in Georgien und Russland (der Putsch der Söldnertruppe Wagner im Sommer 2023 oder die antisemitischen Pogrome in Dagestan im Oktober 2023) oder in der sich verschärfenden autoritären Herrschaft in Belarus.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Das im Zuge der 1990er-Jahre entstandene krisenhafte extraktive Entwicklungsmodell hemmt die kapitalistische Entwicklung Russlands und erschwert die internationale Expansion einheimischer Kapitalfraktionen. Deshalb sind die Strategien des russischen Machtblocks zur Bearbeitung der vielfältigen Krisen ein wichtiger Bestandteil der vorliegenden Analyse. Das gilt sowohl für das autoritäre Modernisierungsprojekt Wladimir Putins (und dessen Scheitern) als auch für die Ausein-

andersetzungen zwischen konkurrierenden Fraktionen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 und die gesellschaftlichen Massenproteste 2011 bis 2013. Eine hervorgehobene Rolle spielen dabei die russischen Bemühungen um ein postsowjetisches Integrationsprojekt (Eurasische Union). Zum Abschluss werden aktuelle Tendenzen des russischen Kapitalismus und deren Auswirkungen auf die künftige Entwicklung des Landes analysiert.

RUSSLAND – EINE VERSPÄTETE KAPITALISTISCHE NATION

Im Laufe der 1980er-Jahre wurden die stagnativen Tendenzen der sowjetischen Planwirtschaft immer deutlicher. Im Zuge der daraufhin aufkommenden Auseinandersetzungen um den weiteren Kurs bildete sich in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) ein prokapitalistisches Bündnis aus Parteifunktionären um Boris Jelzin, neoliberalen Ökonom*innen und führenden Vertreter*innen der liberalen Dissidentenbewegung (Jaitner 2014: 30 ff.). Aufgrund der relativ geringen Verflechtung der RSFSR im innersowjetischen Handel, der starken industriellen Basis und der teilweise bereits erfolgten Internationalisierung einzelner Sektoren (insbesondere Öl- und Gasindustrie, z. T. militärisch-industrieller Komplex) forderte das Jelzin-Lager eine unabhängige Entwicklung Russlands im Rahmen eines Übergangs zum Kapitalismus. Die südkaukasische und zentralasiatische Peripherie galt dagegen als Hindernis für die Bewältigung eines erfolgreichen kapitalistischen Transformationsprozesses. Dies führte zu einem immer stärkeren Gegensatz zur Unionsregierung um Michail Gorbatschow, die im Rahmen eines demokratischen Sozialismus einen graduellen Reformprozess für die gesamte UdSSR verfolgte (vgl. Jaitner 2023: 42–50).

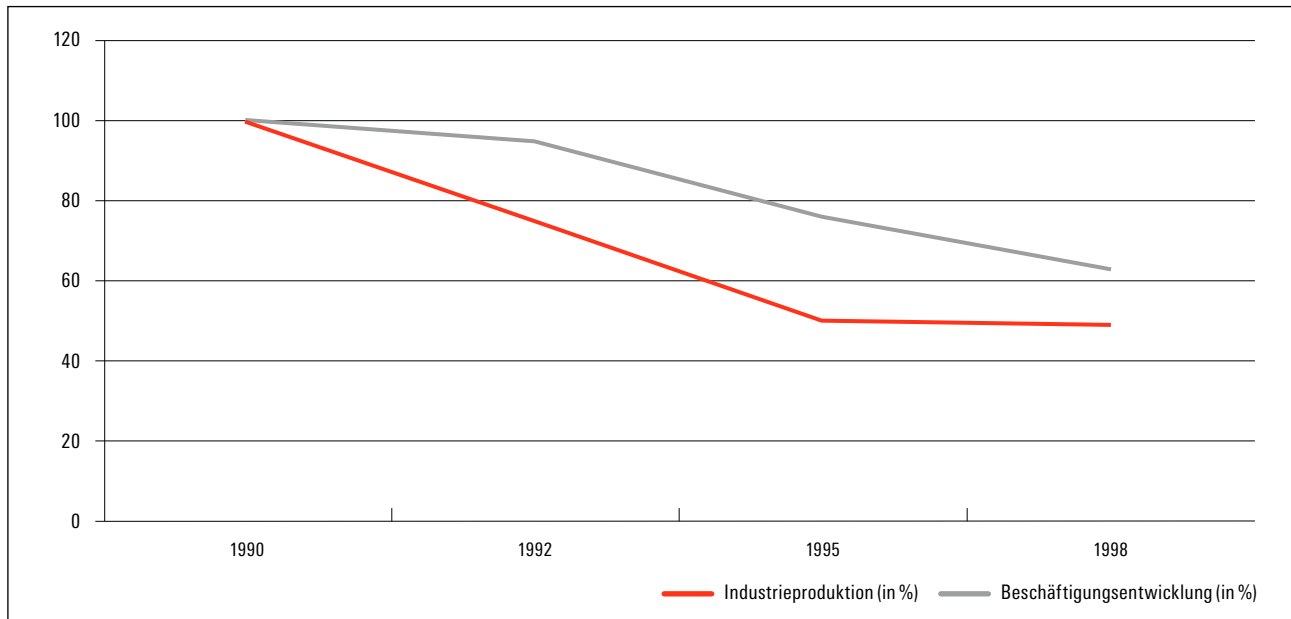
Der enge Zusammenhang zwischen der konkreten Gestaltung des kapitalistischen Übergangs und dem Fortbestand der Sowjetunion wird in der Politik des Jelzin-Lagers deutlich.³ Nachdem es den Machtkampf mit Gorbatschow entschieden hatte, drängte es auf die Auflösung der UdSSR. Die sogenannte Belowescher Vereinbarung vom 8. Dezember 1991 ist weder ein verfassungsrechtlich legitimer Be-

schluss noch lag er im Interesse der Mehrheit der Unionsrepubliken. Vielmehr beruhte die Entscheidung, die Sowjetunion aufzulösen, auf dem Beschluss der ökonomisch stärksten und politisch einflussreichsten Unionsrepubliken Russland, Belarus und Ukraine und ihrer Präsidenten. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei und Jugoslawien waren nicht die ethnischen Spannungen der entscheidende Impuls für die Auflösung der Sowjetunion, sondern die Infragestellung des Gesellschaftsvertrags durch das Zentrum. In allen drei Staaten waren die Eliten der wirtschaftlich stärksten Republiken nicht mehr bereit, die Peripherien zu subventionieren, und sahen in dem Fortbestand ihrer Staaten ein Entwicklungshemmnis für einen erfolgreichen kapitalistischen Übergang (vgl. Hale 1999; Rösler 2010). Konsequenterweise setzte der Transformationsprozess erst nach der offiziellen Auflösung der Sowjetunion richtig ein. Bereits am 2. Januar 1992, am zweiten Tag nach dem Ende der UdSSR, gab die Jelzin-Administration in Russland die Verbraucherpreise frei und begann mit der Umsetzung ihres wirtschaftspolitischen Programms, das als «Schocktherapie»⁴ bekannt wurde. Im Gegensatz zu China verzichtete die russische Regierung auf einen graduellen kapitalistischen Übergang unter staatlicher Führung. Die «Schocktherapie» war ein politisch gezielt herbeigeführter Bruch mit der Planwirtschaft und verfolgte das Ziel, die Einführung des Kapitalismus «unumkehrbar» (El'cin 1994: 235) zu machen. Bestehende regionale Handelsbündnisse, wie der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), wurden aufgelöst, Zölle und Subventionen in vielen Branchen abgeschafft, was die

3 Pjotr Awen, stellvertretender Außenminister der RSFSR unter Jelzin, hat bekräftigt, dass die Regierungsmitglieder im Rahmen des Verhandlungsprozesses über den neuen Unionsvertrag 1990/91 in Nowo-Ogarjowo die Weisung erhielten, in keiner Weise mit der von Gorbatschow geführten Unionsregierung zu kooperieren: «Man sagte uns: Grundsätzlich unterstützen wir den Prozess von Nowo-Ogarjowo politisch, aber praktisch vertreten wir selbstverständlich die Position der absoluten Souveränität Russlands.» (Awen/Koh 2015: 67)

4 Die sogenannte Schocktherapie orientierte sich stark an neoklassischen Inhalten und setzte auf eine umfassende Deregulierung des zuvor staatlich kontrollierten Außenhandels, die Liberalisierung des Finanzsektors, die weitgehende Abschaffung staatlich regulierter Preiskontrollen und die Privatisierung des Staatseigentums (vgl. Jaitner 2023).

Abbildung 1: Industrieproduktion und Beschäftigungsentwicklung in Russland (1990–1998)



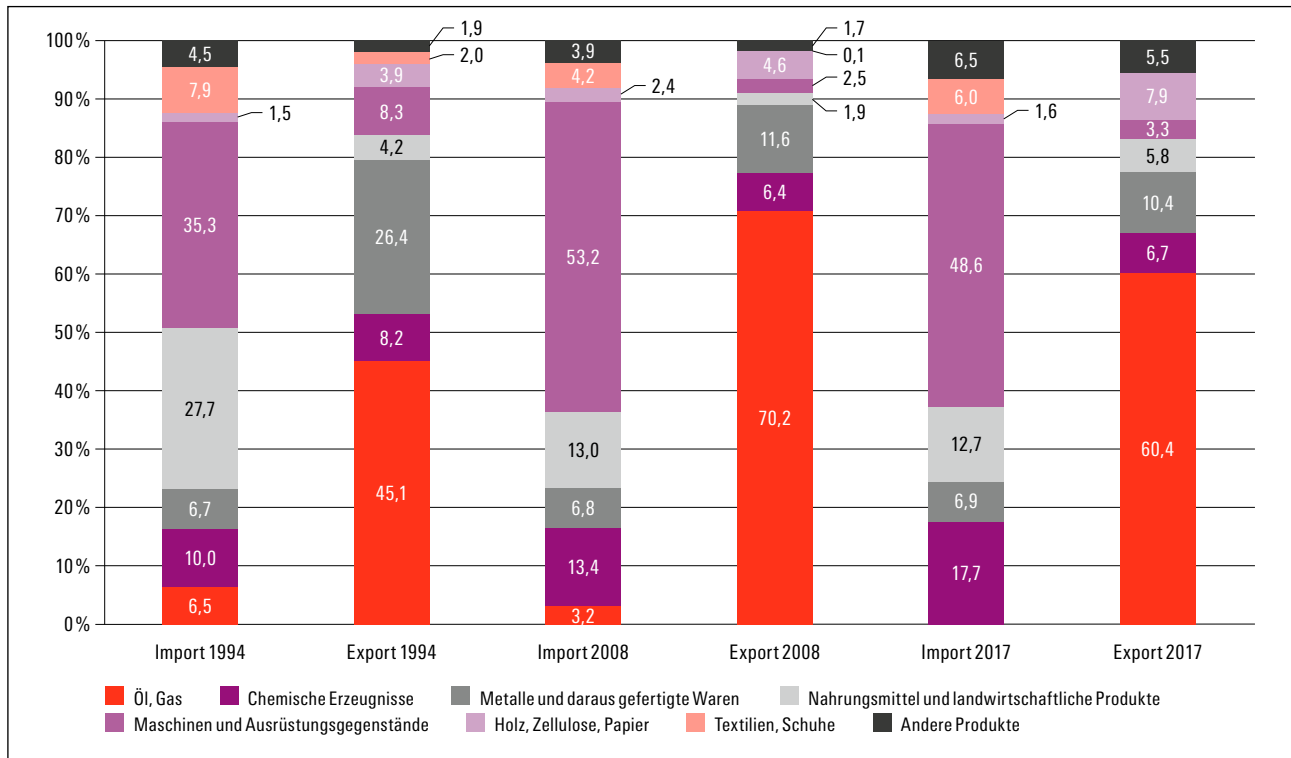
Quelle: Goskomstat Rossii 2002: 19

einheimische Industrie unmittelbar der internationalen Konkurrenz aussetzte. Allerdings waren russische Firmen nur zu einem geringen Grad internationalisiert, verfügten über wenig Erfahrung in der Produktvermarktung und übernahmen – anders als Unternehmen in kapitalistischen Staaten – oftmals sozialstaatliche Aufgaben (Finanzierung von Kindertagesstätten, Erholungsheimen, Sozialleistungen für Angestellte), was ihre Konkurrenzfähigkeit zusätzlich schwächte. Die Folge jener Politik war ein umfassender Deindustrialisierungsprozess. Nimmt man das Jahr 1990 als Ausgangsjahr mit dem Indexwert 100, fiel die Industrieproduktion bis 1998 auf 45,8 Prozent (Goskomstat Rossii 2002: 19; siehe Abb. 1). Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ging um circa ein Drittel zurück (ebd.). Der Bedeutungsverlust der Industrie lässt sich auch in absoluten Zahlen belegen. Der Anteil industriell produzierter Güter am Bruttoinlandsprodukt (BIP) reduzierte sich von 65,5 Prozent (1990) auf 41 Prozent (2004) (Grinberg et al. 2006). Eine Folge des Deindustrialisierungsprozesses ist die wachsende Abhängigkeit Russlands im Hochtechnologiebereich. So ist der Anteil von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen am russischen Import seit den 1990er-Jahren fortlaufend gestiegen: Im Jahr 1998 lag er noch bei 35,3 Prozent; bis 2017 stieg er auf 48,6 Prozent an (siehe Abb. 2). Im Vergleich zur sowjetischen ist die russische Ökonomie von einer Tendenz zur Reprimarisierung, einer wachsenden Bedeutung des Rohstoffsektors, geprägt. Allein fossile Energieträger stehen für durchschnittlich 60 Prozent der Exporte, auf andere Rohstoffe wie Metalle entfallen noch einmal knapp 10 Prozent.

Die Analyse der russischen Ökonomie offenbart deutlich ihre duale Struktur – die Spaltung in eine hochgradig internationalisierte außenorientierte und in eine an Wettbewerbsfähigkeit einbüßende binnenorientierte Sphäre. Während die produzierenden Sektoren technologisch immer stärker hinter die westliche Konkurrenz zurückfallen und dementsprechend ein großer Modernisierungsbedarf besteht, profitieren russische Rohstoffkonzerne von der globalen Nachfrage oder verfügen im Falle der Öl- und Gasindustrie bereits über eine starke Präsenz in einigen Staaten Westeuropas.

Russland nimmt in der globalen Arbeitsteilung zunehmend die Rolle eines globalen Rohstofflieferanten ein. Seltene Ausnahmen im Hochtechnologiebereich sind der Flugzeug- und Motorenbau, der Rüstungssektor sowie – mit Einschränkungen – die Automobilindustrie. Die russische Wettbewerbsfähigkeit beschränkt sich in diesen Sparten überwiegend auf den Heimatmarkt und den postsowjetischen Raum (Ustyuzhanina 2016: 36 ff.). Die schwache Innovationskraft einheimischer Unternehmen und deren geringe Nachfrage haben zur Folge, dass Großunternehmen eine marktbeherrschende Stellung aufbauen und sie anschließend dazu nutzen, Ressourcen (Rohstoffe, Arbeitskraft, Finanzen, Informationen) systematisch zu monopolisieren. Die Ökonomen Aleksander Buzgalin und Andrej Kolganow argumentieren, dass wirtschaftlicher Erfolg in Russland weniger auf hoher Produktivität und Produktqualität zu günstigen Preisen beruhe, sondern auf der Fähigkeit eines Unternehmens, das Marktumfeld den eigenen Bedürfnissen anzupassen und Teile der Konkurrenz auszuschalten (Buzgalin/Kolganow 2015: 702 ff.). Auf nationaler, re-

Abbildung 2: Warenstruktur der russischen Im- und Exporte (1994, 2008 und 2017), in Prozent



Quellen: Goskomstat Rossii 1994; Rosstat 2009 u. 2018

gionaler und lokaler Ebene ist die unternehmerische Tätigkeit primär darauf ausgerichtet, die Versorgungsunsicherheiten in einem durch oligopolistische Strukturen dominierten Markt zu minimieren.

Die kapitalistische Transformation hat – anders als von den Architekten der «Schocktherapie» prognostiziert – keine Modernisierung der russischen Volkswirtschaft ermöglicht, sondern aus der Sowjetzeit stammende Widersprüche verschärft. Die periphere Integration Russlands in den Weltmarkt resultierte aus der Wirtschaftspolitik der Jelzin-Administration und hatte weitreichende Folgen: Sie hemmt die kapitalistische Entwicklung in Russland, da sie regionale und soziale Entwicklungsunterschiede verschärft. Die Orientierung auf den extraktiven Sektor macht die Wirtschaft des Landes zudem sehr anfällig für globale Krisen.

Der Begriff der verspäteten kapitalistischen Nation sollte jedoch nicht auf die Ökonomie reduziert werden, er hat vielmehr auch eine politische Dimen-

sion. Nach Ansicht der Historikerin Veronika Sušová-Salminen (2018: 4 f.) symbolisiert das Ende des sowjetischen Projekts das Scheitern der staatssozialistischen Länder, die eigene periphere Position im Weltsystem zu überwinden und ein alternatives Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung zur kapitalistischen «ersten Welt» zu etablieren. Seitdem verfolgen die politischen Kräfte in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum das Ziel, sich dem Westen anzugleichen, was an der bedingungslosen Übernahme westlicher Wirtschafts- und politischer Programme deutlich wird. Anstatt zu einer politischen Alternative zum realen Kapitalismus wurden Osteuropa und der postsowjetische Raum zu einem «Labor des Neoliberalismus» (Bockman/Eyal 2002). In diesem Sinne sind die postsowjetischen und osteuropäischen Staaten durchaus «Trendsetter» (Segert 2010) und nehmen Entwicklungen vorweg, die sich infolge der neoliberalen Reformen auch in den Staaten Westeuropas beobachten lassen.⁵

5 Der Begriff der verspäteten kapitalistischen Nation beschreibt folglich keine politische, ökonomische oder kulturelle Rückständigkeit der vormals staatssozialistischen Länder, sondern die global ungleiche (räumliche und zeitliche) kapitalistische Entwicklung. Diesem Verständnis nach nimmt die kapitalistische Transformation Osteuropas und des postsowjetischen Raums vermittelt durch eine «Schocktherapie» Entwicklungen vorweg, die auch in den Staaten West- und Mitteleuropas infolge der neoliberalen Reformen und der Austeritätspolitik seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 immer deutlicher werden. Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Dieter Segert sind der Sozialstaat und inklusive Politiken zentrale Voraussetzungen für die Konsolidierung demokratischer Systeme. Die gesellschaftlichen Machtasymmetrien in der kapitalistischen Klassengesellschaft erforderten ein soziales Korrektiv, um eine breite gesellschaftliche Teilhabe und Stabilität zu gewährleisten. Die «Schocktherapie» (und die neoliberale Politik seit den 2000er-Jahren) hätten die Machtasymmetrien weiter verstärkt, sodass die Transformationsverlierer*innen über immer begrenzte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Einflussnahme verfügten. Resultate seien geringes Vertrauen seitens der Bevölkerung in staatliche Institutionen und das politische System sowie große Frustration (Segert 2010). Die Erosion demokratischer Prozesse und Institutionen, das Aufkommen rechtsextremistischer Kräfte und die Intensivierung gesellschaftlicher Konflikte bis hin zu Kriegen können vor diesem Hintergrund als direkte Reaktionen auf den krisenhaften Transformationsprozess gesehen werden (Jaitner/Spöri 2018).

Die kapitalistische Entwicklung Russlands vollzieht sich – im Verhältnis zum Westen und auch zu China und anderen südostasiatischen Staaten – nicht nur zeitlich verspätet; der Transformationsprozess der 1990er-Jahre ist gleichbedeutend mit einem ökonomischen und politischen Peripherisierungsprozess, in dessen Folge der globale Einfluss des Landes kontinuierlich abnimmt.⁶ Im Gegensatz zur Sowjetunion strebt die Putin-Administration nicht danach, eine Systemalternative zu schaffen, sondern nach

einem festen Platz Russlands als Großmacht in der bestehenden Ordnung. Da diese Bestrebungen mit der gewaltsamen Sicherung der eigenen Einfluss-sphäre einhergehen, ist es durchaus zulässig, von einem imperialen Projekt zu sprechen. Allerdings beruht die expansive Außenpolitik nicht – wie dies die klassischen Imperialismustheorien nahelegen würden – auf einer Phase der ökonomischen Expansion, sondern auf einer Phase des Niedergangs.

DIE BEGRENZTE HEGEMONIEFÄHIGKEIT DER RUSSISCHEN BOURGEOISIE

Eine Besonderheit der russischen Bourgeoisie – und ein wichtiger Grund für ihre politische Schwäche – liegt in ihrer Entstehung. Nach Ansicht des Staatstheoretikers Nicos Poulantzas übernimmt der Staat in bestimmten Phasen einer gesellschaftlichen Formation eine «unmittelbare ökonomische Funktion». Der Staat beschränke sich nicht auf die Absicherung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen, sondern greife entschieden in die Reproduktion des Produktionszyklus ein (Poulantzas 1973: 324).

Die «unmittelbare ökonomische Funktion» des Staates im Russland der 1990er-Jahre bestand in der privaten Kapitalbildung und der Herausbildung der damit notwendigerweise einhergehenden kapitalistischen Klassengesellschaft. Dazu setzte die Jelzin-Administration auf die Privatisierung staatlichen Eigentums, von der nationale Unternehmer*innen, die sogenannten Oligarchen, profitieren sollten. Charakteristisch für die Privatisierungsprozesse der 1990er-Jahre war die intransparente Veräußerung des Staatsbesitzes, die oftmals weit unter Wert und auch gegen gesellschaftliche Widerstände erfolgte.⁷ Damit wurde der Staat «zu einem zentralen Kampffeld um ökonomische Positionen» (Becker 2015: 427). Konkurrierende Fraktionen der sich herausbildenden Bourgeoisie und der Staatsbürokratie begründeten (informelle) Netzwerke zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dies begünstigt bis heute eine oftmals fehlende Kohärenz der Staatsapparate, die in Gesetzesinitiativen oder Projekten zugunsten einer bestimmten Fraktion ihren Ausdruck findet, die wiederum von anderen Gruppen massiv bekämpft werden. Dadurch

wird das staatliche Handeln gelähmt oder erscheint als ineffizient. Um direkten Einfluss auf Privatisierungen ausüben zu können, bemühen sich große Firmen und Unternehmer*innen darum, entscheidende Regierungsämter mit Vertrauensleuten zu besetzen oder diese Personen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der Kampf um die zu privatisierenden Unternehmen wird damit in den Staatsapparaten selbst ausgetragen und nimmt seit den frühen 1990er-Jahren immer wieder gewalttätige Formen an.

Der Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie stehen der beispiellose volkswirtschaftliche Niedergang und die Verarmung großer gesellschaftlicher Schichten gegenüber. Nach Angaben der Soziologin Natalija Tichonowa ist ein Drittel der russischen Bevölkerung als direkte Folge des Privatisierungsprozesses verarmt (Tichonova 2011). Die Einführung des Kapitalismus ging mit der Entstehung einer Klassengesellschaft einher. Einen Hinweis auf die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in einem Land gibt der Gini-Koeffizient. Dieser erreichte im Jahr 1992 noch einen Wert von 0,289, stieg bis zum Jahr 2000 auf 0,395 und erreichte schließlich am Ende der zweiten Amtszeit Wladimir Putins den Wert von 0,423 (vgl. Rosstat 2009: 123). Kinder, Frauen und Rentner*innen sind von Armut überproportional häufig bedroht (Tichonova 2011). Gegen die soziale Verelendung breiter Gesellschaftsschichten formierte sich wachsender Widerstand. Ausdruck dessen sind die Wahlerfolge der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) in den 1990er-Jahren, anhaltende Massenproteste und Streikbewegungen

6 Dieser Umstand stellt einen wichtigen Unterschied zu anderen verspäteten kapitalistischen Nationen wie Deutschland (im ausgehenden 19. Jahrhundert) oder China (seit den 1980er-Jahren) dar. Denn beide Länder prägte trotz ihrer nachholenden Entwicklung eine lange Phase dynamischer kapitalistischer Expansion, die mit ökonomischem und politischem Einflussgewinn einherging.

7 So forcierte die Regierung in den Jahren 1995 bis 1997 die Privatisierung staatlicher Konzerne insbesondere im Öl- und Gassektor auf der Grundlage präsidentieller Dekrete gegen den Widerstand des Parlaments.

sowie separatistische Bewegungen, insbesondere im Nordkaukasus.⁸

Die Entwicklung Russlands seit den 1990er-Jahren ist geprägt von dem strukturellen Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus, denn der formalen politischen und rechtlichen Gleichheit aller Bürger*innen stehen die soziale Ungleichheit und die damit einhergehenden ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse gegenüber. Forderungen nach einem graduellen marktwirtschaftlichen Übergang, wie vom russischen Parlament, dem Obersten Sowjet, erhoben, begriff die russische Führung nicht als Bestandteil demokratischer Willensbildung.⁹ Als Garantin des kapitalistischen Übergangs schreckte die Jelzin-Administration auch vor dem Einsatz staatlicher Gewalt gegen konkurrierende politische Projekte wie den Obersten Sowjet nicht zurück. Im Herbst 1993 entschied die Regierung den Konflikt zu ihren Gunsten, indem sie das Parlament durch loyale Truppen beschießen und nach der Kapitulation eine autoritäre präsidentielle Verfassung verabschieden ließ. Die Rolle des Staates in der Transformation ging damit über die bloße ökonomische Funktion der Kapitalbildung und der Herausbildung kapitalistischer Klassenverhältnisse hinaus. Die autoritäre Wende Jelzins vollendete die Einführung des Kapitalismus in Russland und sicherte die Grundlagen der sozialen Herrschaft der jungen Bourgeoisie gegen gesellschaftliche Widerstände ab. Sie setzte zugleich dem gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess ein radikales Ende und legte den Grundstein für die spätere autoritäre Entwicklung unter Wladimir Putin. Auf diese Weise vermittelte der Staat maßgeblich die Einführung des Kapitalismus (vgl. Jaitner 2023: 76–85).

Die bonapartistische Wende Jelzins festigte die prekäre Position der Bourgeoisie, denn aufgrund der instabilen und hochgradig umkämpften Eigentumsverhältnisse blieb sie vom Staat bzw. von staatlichem Schutz abhängig. Das gilt auch für die internationale Expansion privater Kapitalfraktionen oder deren Unterstützung bei Arbeitskämpfen durch den Einsatz

staatlicher Gewaltapparate. Die Verhaftung des Oligarchen Michail Chodorkowski und die Zerschlagung seines Wirtschaftsunternehmens Jukos verdeutlichten, dass der Staat diese Protektion bei politisch unerwünschtem Verhalten wieder entziehen kann. Das asymmetrische Verhältnis äußert sich gerade darin, dass der ökonomische Erfolg der Bourgeoisie mehr denn je von deren engen Beziehungen zu den politisch Herrschenden in den Regionen und im Staat insgesamt abhängig ist.

Das unsichere Marktumfeld (umkämpfte Eigentumsverhältnisse, oligopolitische Strukturen, Versorgungsunsicherheiten) begünstigt nach Ansicht des russischen Ökonomen Ruslan Dzarasow Akkumulationsstrategien, die nach kurzfristiger Gewinnmaximierung streben und langfristige strategische Investitionen (Forschung und Entwicklung, Optimierung des Produktionsprozesses durch Erwerb neuer Maschinen, Ausweitung der Produktionskapazitäten etc.) vernachlässigen. Stattdessen beruhe das Geschäftsmodell der dominanten russischen Kapitalfraktionen auf einer systematischen Aneignung der sogenannten Insider-Rente. Darunter versteht er die in dubiosen Privatisierungsprozessen erlangte Kontrolle und Ausbeutung der in der Sowjetunion geschaffenen Produktivgüter. Damit geht die gezielte Verschleierung der Eigentumsverhältnisse durch die Gründung von Briefkastenfirmen und Tarnholdings einher, die einen Kapitalabfluss in Steueroasen sicherstellen. Laut Dzarasow handelt es sich keinesfalls um eine Akkumulationsstrategie nur der 1990er-Jahre, sie charakterisiere vielmehr das Vorgehen der russischen Oligarchie bis ins 21. Jahrhundert (Dzarasow 2014). Die engen Verbindungen zum Staat sind nach Ansicht des Soziologen Wolodymyr Ischtschenko der entscheidende Wettbewerbsvorteil einzelner Kapitalfraktionen, denn nur dadurch werde der Zugriff auf Ressourcen gesichert (Ischtschenko 2023). Der «Insider-Kapitalismus» stellt eine wichtige Ursache für die inneren Entwicklungshemmnisse dar; er begrenzt die Hegemoniefähigkeit der russischen Bourgeoisie.

8 Die Ursachen für das Aufkommen verschiedener separatistischer Bewegungen in Russland sollten jedoch nicht auf den wirtschaftlichen Niedergang reduziert werden. Prozesse der nationalistischen Identitätsbildung seit den 1980er-Jahren sind auch Reaktionen auf politische Repression, die sowjetische Nationalitätenpolitik und den zunehmenden russischen Nationalismus.

9 Die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Personen der Jelzin-Administration, die sogenannten Reformer, diskutierten bereits in den späten 1980er-Jahren, wie sich die «Schocktherapie» gegen parlamentarische Mehrheiten durchsetzen ließe, und interessierten sich besonders für die Pinochet-Regierung in Chile (Jaitner 2014: 87–90; Rupprecht 2016).

AUTORITÄRE MODERNISIERUNG DURCH DEN MACHTBLOCK: DIE ERSTE ÄRA PUTIN (2000–2008)

Der Aufstieg Wladimir Putins muss im Kontext der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Transformationsprozesses begriffen werden. Nach der Auflösung der Sowjetunion hatte die russische Wirtschaft einen beispiellosen Niedergang erlebt, deren vorläufiger Höhepunkt die Wirtschafts- und Finanzkrise 1998 war, die in der zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit des Staates gipfelte.¹⁰ Im Angesicht dieser tiefgreifenden Krise erzielte der Machtblock nach Ansicht des ehemaligen russischen Finanzministers Michail Zadornow (1997–1999) einen «für die russische Geschichte einmaligen historischen Konsens» (Kommersant 2008). Die ausgehandelte Machtübergabe von Jelzin an Putin leitete eine Neuausrichtung der russischen Regulationsweise ein, die das Land bis heute prägt. Dieser Schritt verhinderte einerseits eine mögliche Regierungsübernahme durch die KPRF und garantierte damit die Kontinuität der seit den 1990er-Jahren etablierten Macht- und Kräfteverhältnisse. Andererseits rückte der Machtblock angesichts ihrer destabilisierenden Folgen partiell von der bisherigen neoliberalen Orientierung ab. Die Putin-Administration repräsentierte ein autoritäres Modernisierungsprojekt, in dem die Widersprüche des kapitalistischen Übergangs der 1990er-Jahre zugunsten stärkerer regulatorischer Eingriffe durch den Staat bearbeitet wurden. Die entscheidenden Träger der neuen gesellschaftlichen Ordnung wurden der Staat und die in den 1990er-Jahren entstandene Bourgeoisie, weshalb im weiteren Verlauf auch von einer oligarchisch-etatistischen Ordnung gesprochen wird.

Ein zentraler Schritt bei der Neuausrichtung der gesellschaftlichen Ordnung bestand in der Stärkung der staatlichen Autonomie gegenüber der Oligarchie. Durch die Gründung bzw. Stärkung von Unternehmensverbänden erhielten die Beziehungen zwischen Staat und Kapital einen institutionalisierten Rahmen. Wenige Monate nach Putins Wahl zum Präsidenten traten 18 der mächtigsten Oligarchen in den «russländischen Verband der Industriellen und Unternehmer» (RSPP) ein. Die Wertschöpfung der in dem Verband vertretenen Unternehmen betrug zu diesem Zeitpunkt die Hälfte des russischen Bruttoinlandsprodukts (Styckow 2006: 142 ff.). Gemeinsam mit weiteren Gründungen – etwa der Organisation eigenständiger Verbände der Kleinunternehmer (OPORa), des Mittelstandes (Delowaja Rossija) sowie unternehmens-

übergreifender Organisationen wie der Handels- und Industriekammer (TTP) – ermöglichte dies eine Professionalisierung der russischen Unternehmen. Ein weiterer wichtiger Schritt bestand in der Gründung der Partei «Einiges Russland». Trotz der rechtskonservativen Programmatik beruht ihr verbindendes Element weniger auf einer klaren inhaltlichen Ausrichtung als auf der Funktion als «Partei der Macht». Der Name «Einiges Russland» steht programmatisch für ihre Funktion als Sammlungsbecken des herrschenden Blocks. Anders als in den 1990er-Jahren verfügt die Regierung nun über eine Plattform zur Aushandlung politischer Positionen und über eine verlässliche Mehrheitsbeschafferin im Parlament, wodurch der die gesamten 1990er-Jahre währende Dualismus von Parlament und Präsident überwunden werden konnte. Die systematische Verlagerung von Kompetenzen von der Legislative zur Exekutive, die mit der bonapartistischen Wende 1993 ihren Anfang nahm, wurde jedoch weiter fortgesetzt.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik bemühte sich die Putin-Administration, durch regulative Eingriffe die institutionellen Rahmenbedingungen für Unternehmen zu stärken und damit eine geregelte Kapitalakkumulation zu ermöglichen. Wichtige Maßnahmen waren eine stärkere Regulierung des Finanzsektors und ein forcierter Konzentrationsprozess unter staatlicher Führung.¹¹ Des Weiteren setzte die russische Regierung klare Steuer- und Investitionsregeln – speziell für den extraktiven Sektor – durch. Die summierte Steuerbelastung der Wertschöpfung der Öl- und Gasindustrie stieg von 30 Prozent im Jahr 2000 auf 37 Prozent drei Jahre später, während die Steuerbelastung der übrigen Sektoren von 39 Prozent auf 28 Prozent zurückging (vgl. Götz 2006: 5). Insbesondere die Gasindustrie dient der Regierung als wichtiges Vehikel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Energieintensive Unternehmen und die russischen Haushalte profitieren von stark subventionierten Gaslieferungen durch den Staatskonzern Gazprom, was entscheidend zur Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen beiträgt.

Die Durchsetzung eines in den 1990er-Jahren weitgehend abstinenter institutioneller Rahmenwerks bedeutete jedoch keinesfalls ein Ende der neoliberalen Orientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Davon zeugt die personelle Kontinuität in den Wirt-

10 Von 1992 bis 1998 verzeichnete das russische Bruttoinlandsprodukt einen durchschnittlichen Rückgang von 6,8 Prozent. Lediglich im Jahr 1997 gab es ein leichtes Wachstum von 1,4 Prozent.

11 Speziell im Finanzsektor wurden Geldhäuser in föderalem und regionalem Besitz deutlich gestärkt. Diese hielten im Jahr 2006 circa 70 Prozent der Spareinlagen der Bevölkerung und 90 Prozent der Unternehmenskredite. Auf die drei größten Institute Sberbank, Vneshtorgbank (VTB) und Gazprombank entfielen knapp 40 Prozent der gesamten Aktiva (Liuhto 2007: 27). Damit ging auch ein deutlicher Rückgang des Marktanteils ausländischer Banken und Versicherungen einher.

schafts- und Finanzministerien und der Zentralbank, die allesamt von Anhängern der Wirtschaftsreformer geführt wurden.¹² Folglich bildeten das Kernstück der Steuerreform die Einführung eines Einheitssteuersatzes (*flat tax*) von 13 Prozent, der eine progressive Einkommensteuer ersetzte, und die Reduzierung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen auf 22 Prozent.

Dennoch lässt sich seit der Etablierung der oligarchisch-etatistischen Ordnung eine stärker dirigistische Wirtschaftspolitik beobachten. Um den fortschreitenden Deindustrialisierungsprozess aufzuhalten, beteiligt sich der Staat an Schlüsselindustrien (Rüstung, Atomtechnologie, Maschinenbau) und unterstützt durch Fusionen und regelmäßige Aufträge deren Konsolidierung. Den so gebildeten Staatsfirmen kommt eine zentrale Funktion in den Modernisierungsbestrebungen der russischen Regierung zu. Zum einen soll durch die Bildung von Hochtechnologiekonzernen der ungebremsste Abfluss von Wissen verhindert und sollen international konkurrenzfähige Unternehmen gefördert werden. Zum anderen gelten die Unternehmen als innovationsstark und treiben eine dynamische Entwicklung im Innern voran. Darüber hinaus sind die Staatsfirmen auch ein Mittel der Politikgestaltung. Durch die Finanzierung sozialer Infrastruktur stabilisieren sie die ökonomische Entwicklung in den Regionen abseits der Zentren Moskau und Sankt Petersburg. Zur Stärkung der regulativen Rolle des Staates hat die Regierung die Bildung von vergleichbaren Konzernen auch in anderen Schlüsselsektoren (Banken, Versicherungen, Öl und Gas) forciert und die Führungspositionen mit Vertrauensleuten besetzt. Damit ist eine neue Kapitalfraktion entstanden, die sich durch ihre Nähe zum Staat auszeichnet und häufig in einem stärkeren Konkurrenzverhältnis zu den Oligarchen der 1990er-Jahre steht, da sie oft produzierende Sektoren repräsentiert und

deshalb eine protektionistische Politik und eine Orientierung auf den postsowjetischen Raum fordert. Dies begründet – ähnlich wie in den BICS-Staaten (Brasilien, Indien, China und Südafrika) und anderen Schwellenländern – ein enges Verhältnis zwischen Staat und Kapital, das als staatlich durchdrungener Kapitalismus bezeichnet werden kann (vgl. May et al. 2014).

Die Stabilisierungsanstrengungen umfassten auch Maßnahmen gegen die soziale Verelendung, die in den 1990er-Jahren vorherrschte. Die Putin-Administration setzte zum Teil deutliche Renten- und Lohn erhöhungen für staatliche Bedienstete durch, eine Maßnahme, die nach Angaben des Ökonomen Stanislaw Menschikow zur Erhöhung des Konsums um circa 20 Prozent beitrug (Menschikow 2007: 299 f.). Von 2000 bis 2008 ging der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum von 43,8 Millionen Russ*innen (30 %) auf 19 Millionen (13,5 %) zurück (vgl. Goskomstat Rossii 2000: 141; Rosstat 2009: 113). Dadurch entstand eine städtische Mittelschicht, die sich neben den Fraktionen des Blocks an der Macht als wichtige Stütze der oligarchisch-etatistischen Ordnung erwiesen hat. Allerdings vollzog die Putin-Administration keine Wende zu einer aktiven Umverteilung von Vermögen und Einkommen, sondern betrieb stets eine Politik im Interesse des herrschenden Blocks. Zwar ging der Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze insgesamt zurück, die Einkommensunterschiede nahmen aber weiter zu. Ein Ausdruck dessen ist nicht nur die steigende Kapitalkonzentration, sondern auch die wachsende Zahl der Dollarmilliardär*innen von null (im Jahr 2000) auf 87 (2008) (Kroll 2008). Auch die repräsentative Reform der Arbeitsgesetzgebung, die die Ausübung des legalen Streikrechts extrem erschwert, zeigt die Ausrichtung der Regierungspolitik an den Interessen der Arbeitgeberseite.

12 Mit Aleksej Kudrin als Finanzminister, German Gref als Wirtschaftsminister und Andrej Illarionow als Präsidentenberater für Wirtschaftspolitik hatten bekannte Vertreter der liberalen Reformer entscheidenden Einfluss auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den ersten beiden Putin-Administrationen, die auch unter der Präsidentschaft Medwedews fortgeführt wurde.

DAS SCHEITERN DES PUTINSCHEN MODERNISIERUNGSPROJEKTS

Von 1999 bis 2008 verzeichnete die russische Wirtschaft eine Phase des ungebrochenen ökonomischen Aufschwungs mit einem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6,9 Prozent. Die ökonomische Entwicklung wurde maßgeblich vom Öl- und Gassektor getragen. Im selben Zeitraum stieg der durchschnittliche Ölpreis der Marke Brent von 28 auf über 97 US-Dollar pro Barrel (vgl. BP 2016) und verteuerte damit die wichtigsten russischen Exportgüter (Rohöl und raffinierte Produkte). Die wachsende Abhängigkeit vom Öl- und Gassektor verdeutlicht ein genauer Blick auf die russische Leistungsbilanz. Ihr Überschuss im Jahr 2007 betrug 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Rechnet man jedoch die Einkünfte des Ölsektors heraus und setzt das gleiche Ausgabenniveau des russischen Staates voraus, verwandelt sich der Überschuss in ein Leistungsbilanzdefizit von 4,7 Prozent (IMF 2008). Trotz der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen verlor der produzierende Sektor im Laufe der 2000er-Jahre weiter an Bedeutung. Dies verdeutlicht der Rückgang des Anteils von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen an den Gesamtexporten von 11,5 Prozent (1998) auf 7,9 Prozent (2017), während der Anteil fossiler Brennstoffe seit den späten 1990er-Jahren bei durchschnittlich 60 Prozent und mehr der Gesamtexporte liegt (vgl. Goskomstat Rossii 1998, Rostat 2018).

Die von Putin repräsentierte oligarchisch-etatistische Ordnung ermöglichte zwar eine Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Doch entgegen der offiziellen Rhetorik und den Modernisierungsbestrebungen wurde die extraktive Orientierung der russischen Ökonomie sogar noch vertieft – und damit wuchsen die Entwicklungshemmnisse des russischen Kapitalismus (soziale Polarisierung, wachsende Entwicklungsunterschiede). Die Regierungspolitik der 2000er-Jahre war geprägt von einer Mischung aus neoliberalen und keynesianischen Orientierungen. Die Priorität des Schuldenabbaus und makroökonomischer Stabilität sowie die Förderung des Investitionsklimas für private Investoren wurde mit Zielen wie Vollbeschäftigung, Einkommenszuwachsen und Stärkung der produktiven Sektoren kombiniert (vgl. Sakwa 2004). Das übergeordnete Primat des Schuldenabbaus blieb jedoch die Leitlinie staatlichen Handelns. Dies stärkte die Ausrichtung auf Fiskaldisziplin und eine Steuerpolitik zugunsten großer Kapitaleigentümer und Firmen, was die Orientierung auf den Extraktivismus letztendlich absicherte. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass auch große Kapitalfraktionen ihr in den 1990er-Jahren etabliertes Geschäftsmodell weiterführten. Das gilt sogar für die unter Putin geschaffenen Staatskonzerne (zu den Geschäftspraktiken russischer Staatskonzerne

vgl. Closson/Dainoff 2015). Diese operieren nach Ansicht des Soziologen Wadim Wolkow in einer von der Regierung geschaffenen «Grauzone». Aufgrund ihres Zugriffs auf beträchtliche öffentliche Mittel, einer geringen öffentlichen Kontrolle und ihrer marktbeherrschenden Stellung nutzt das Management die eigene Position ungeniert zur Aneignung der «Insider-Rente» (Volkov 2008). Diese Form der räuberischen Akkumulation wird nicht zuletzt durch die abhängige Position dieser staatsnahen Kapitalfraktionen von Staat und Regierung begünstigt. Die Bestrebungen zur Stärkung der staatlichen Autonomie festigen die prekäre gesellschaftliche Position der russischen Bourgeoisie. Die Wiederaufnahme des Kriegs in Tschetschenien ist ein weiterer Beleg für die Grenzen des autoritären Modernisierungsprojekts des Machtblocks. Die extreme Brutalität der russischen Truppen im Zweiten Tschetschenien-Krieg (2000–2009) führte die autoritäre Politik Jelzins (bonapartistischer Putsch 1993, Erster Tschetschenien-Krieg 1994–1996) nahtlos fort. In Phasen zugespitzter gesellschaftlicher Konflikte setzt auch die Putin-Administration zur Durchsetzung ihrer Interessen rücksichtslos auf staatliche Gewalt. Die Militarisierung der Innenpolitik entwickelte rasch eine Eigendynamik, da sie sich über den Nordkaukasus hinaus auf das gesamte Land ausdehnte. Der Kampf gegen den Terrorismus dient als Vehikel, oppositionelle Tätigkeit – sogar dann, wenn sie offensichtlich keinen Bezug zu dem Konflikt im Nordkaukasus aufweist – beliebig einzuschränken. Die systematische Einschränkung von Grundrechten, die Ausweitung von Polizeikontrollen oder Hausdurchsuchungen auf Städte außerhalb der Konfliktzone werden mit der Notwendigkeit der Terrorbekämpfung begründet. Bedingt durch das praktizierte Rotationsverfahren führen Mitarbeiter*innen der Gewaltapparate die üblichen Praktiken ihres temporären Aufenthalts im Nordkaukasus nach ihrer Rückkehr an ihren dauerhaften Einsatzorten fort und setzen damit rechtsstaatliche Verfahren (bewusst) außer Kraft.

Die Militarisierung der Innenpolitik begünstigt den Einflussgewinn der Gewaltapparate auf die staatliche Politik. Die wachsende Präsenz von ranghohen Mitgliedern von Geheimdiensten, Armee und Polizei in Staat und Regierung sollte deshalb nicht auf die in westlichen Medien hervorgehobenen «Petersburger Seilschaften» oder die langjährige Geheimdiensttätigkeit Putins reduziert werden. Eine solche Herangehensweise sieht den Machtgewinn der Gewaltapparate überwiegend als das Resultat konkurrierender Clans oder Netzwerke, die das Ziel verfolgten, in einem patrimonialen Staat Macht und Einfluss zu sichern (Robinson 2011; Fisun 2012). Dieser Ansatz konstruiert eine real nicht vorhandene Interessenho-

mogenität innerhalb der untersuchten Netzwerke und kann sich überlagernde gesellschaftliche Prozesse wie die Auswirkungen antiterroristischer Operationen im Nordkaukasus auf die demokratische Entwicklung oder sozioökonomische Veränderungsprozesse nur bedingt erklären.

Die Bearbeitung der bestehenden Widersprüche ohne einen begleitenden gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess stärkt letztendlich die Rolle des Staates als zentrales Terrain für politische und wirtschaftliche Auseinandersetzungen. Der unter Putin etablierte autoritäre Korporatismus (Machtvertikale) beruht auf einer klientelistischen Einbindung ge-

sellschaftlicher Schichten (Staatsbedienstete, Angestellte des Bildungs- und Gesundheitssektors, Pensionär*innen). Dadurch konnte die Regierung die gesellschaftliche Verankerung des bonapartistischen Regimes erweitern; das Vertrauen vieler Menschen in Russland in den Staat, die politischen Institutionen und deren Repräsentant*innen wurde jedoch erschüttert, was eine konsensorientierte Politik erschwerte. Die hegemonialen Elemente des Putinismus äußerten sich primär in dem staatlichen Stabilitätsversprechen (Massenkonsum für politische Ruhe), standen jedoch auf einer äußerst dünnen gesellschaftlichen Grundlage.

EIN PERIPHERES IMPERIUM: RUSSLANDS SCHWINDENDER INTERNATIONALER EINFLUSS

Angesichts der Dominanz des Rohstoffsektors im Export und der strukturellen Importabhängigkeit von Hochtechnologie blieb die handelspolitische Orientierung auf die kapitalistischen Zentrumsstaaten unverändert. Die hohe Staatsverschuldung in den frühen 2000er-Jahren und das Primat der Schuldenreduzierung bzw. des Aufbaus von Devisenreserven zur Stärkung der Unabhängigkeit durch die Putin-Administration begünstigte diese Entwicklung. So trieb die Regierung den Rohstoffexport durch den Bau neuer Pipelines wie Nord Stream sogar noch voran und verhinderte eine systematische Industriepolitik sowie die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit im Land durch eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Vermögen. Eine Stärkung der produzierenden Sektoren blieb selbst dann aus, als die Regierung aufgrund der sprudelnden Öl- und Gasexporte die weltweit drittgrößten Devisenreserven angehäuft hatte.

Die Westorientierung der russischen Wirtschaft erschwerte eine Ausrichtung auf den postsowjetischen Raum und damit eine Belebung des produzierenden Sektors. Die oft noch in der Sowjetunion etablierten Lieferketten bilden einen transnationalen postsowjetischen Produktionsraum, der eine deutlich stärkere ökonomische Diversifizierung aufweist und besonders in den Bereichen Rüstung, Maschinenbau und Agrargüter eng verflochten ist. Aufgrund der verspäteten kapitalistischen Entwicklung Russlands und der krisenhaften 1990er-Jahre setzte die internationale Expansion russischer Kapitalfraktionen mit deutlicher Verspätung ein, nahm jedoch während der Aufschwungsphase der 2000er-Jahre deutlich an Fahrt auf. Während russische Firmen im Jahr 1999 lediglich 2,2 Milliarden US-Dollar im Ausland investierten (was nur zu Platz 27 im globalen Vergleich reichte), stiegen

die Auslandsinvestitionen im Jahr 2010 auf 86,5 Milliarden US-Dollar (Platz 12) (Matweew 2021: 2). Den Schwerpunkt jener ökonomischen Aktivitäten bildete der postsowjetische Raum und hier die wirtschaftlich am stärksten entwickelten Staaten Belarus, Kasachstan und Ukraine. Die russischen Investitionen entfielen zum größten Teil auf Zulieferer und Verteilungsnetzwerke in den Sektoren Energie, Metallurgie, Maschinen- und Flugzeugbau und orientierten sich damit an Produktionsbeziehungen aus der Zeit der Sowjetunion.

Die Internationalisierung der postsowjetischen Kapitalfraktionen verlief jedoch sehr ungleich. So übertrafen die russischen Investitionen in der Ukraine diejenigen ukrainischer Unternehmen in Russland um das 9,5-Fache, russische Investitionen in Belarus übertrafen solche belarussischer Unternehmen in Russland sogar um das 27-Fache (ebd.). Aufgrund dieser Disparitäten stieß die ökonomische Expansion russischer Kapitalfraktionen in den meisten postsowjetischen Nachfolgestaaten auf Widerstand. Einerseits befürchteten die einheimischen Unternehmer*innen die russische Konkurrenz und forderten von ihren Regierungen protektionistische Maßnahmen, andererseits ging mit der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen stets die Befürchtung einher, in eine verstärkte politische Abhängigkeit von Russland zu geraten.

Diese Furcht war nicht unbegründet. Die Putin-Administration setzte ökonomische Ressourcen (insbesondere fossile Energieträger, den Zugang zum Binnenmarkt und Schulden) im Falle bilateraler Konflikte immer wieder als Mittel zur Disziplinierung anderer postsowjetischer Staaten ein: Der Gasstreit mit der Ukraine 2005/06 oder die wiederholten Importverbote für georgische Lebensmittelprodukte verschlechterten die bilateralen Beziehungen beträchtlich und

stärkten in vielen Ländern der Region russlandkritische gesellschaftliche Kräfte und deren Bestrebungen, Handel und politische Beziehungen gleichermaßen zu diversifizieren.

Das größte Hindernis für einen ökonomischen Integrationsprozess des postsowjetischen Raums besteht jedoch in der extraktiven Orientierung der russischen Wirtschaft und der ungebrochenen neoliberalen Kontinuität in Staat und Regierung. Die Dominanz des Rohstoffsektors und die abnehmende internationale Konkurrenzfähigkeit der produzierenden Sektoren lassen Kooperationen oft als wenig attraktiv erscheinen. Dies gilt umso mehr, als in fast allen postsowjetischen Nachfolgestaaten das Geschäftsmodell der einheimischen Kapitalfraktionen auf der Ausbeutung der in der Sowjetunion geschaffenen produktiven Werte beruht und die Unternehmensstrategien genau wie in Russland auf kurzfristige Gewinnmaximierung orientiert sind. Da die Staatsapparate durch intransparente Privatisierungsprozesse, die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und die Deregulierung der Finanzmärkte den postsowjetischen «Insider-Kapitalismus» absichern, existiert wenig Spielraum für regionale entwicklungspolitische Ansätze.¹³ So ist es nicht verwunderlich, dass der Großteil der ausländischen Direktinvestitionen in Russland auf rückgeführtes Kapital großer einheimischer Kapitalfraktionen aus bekannten Offshore-Häfen für internationales Kapital (Zypern, Luxemburg, Schweiz, Virgin Islands) entfällt (siehe Tabelle 1).

Die russischen Kapitalexporte folgen keiner nachhaltigen Investitionspolitik. Dies illustriert der Vergleich mit Deutschland, wo auf die 15 größten Handelspartner 72 Prozent der Exporte und 74 Prozent des Bestands an ausländischen Direktinvestitionen entfallen. In Russland liegen diese Werte bei 71 und

Tabelle 1: Ausländische Direktinvestitionen in Russland von 2002 bis 2008 (außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, GUS)

Rang	Länder	Wert (in Mio. US-Dollar)	Anteil
1.	Großbritannien	70.757	16,7%
2.	Zypern	67.480	15,9%
3.	Niederlande	56.804	13,4%
4.	Luxemburg	50.267	11,8%
5.	Deutschland	33.821	7,9%
6.	Frankreich	24.548	5,8%
7.	Schweiz	16.438	3,8%
8.	USA	12.914	3,0%
9.	Virgin Islands	12.498	2,9%
10.	Österreich	1.868	0,4%

Quelle: Rosstat

25 Prozent. Die Mehrheit der ausländischen Direktinvestitionen kommt aus Zypern (etwa 40 Prozent), den Virgin Islands (11 Prozent) und anderen Karibikinseln (etwa 6 Prozent) (vgl. Deuber/Schwabe 2012: 3 f.). Dies verstärkt die desintegrativen Tendenzen und die Regionalisierung des postsowjetischen Raums. Unter dem Eindruck der widersprüchlichen Resultate der autoritären Stabilisierung unter Putin beschreibt der Historiker Boris Kagarlitzi Russland als ein «peripheres Imperium» (2009). Denn trotz seiner ökonomischen Schwäche bleibt das Land aufgrund seines militärischen Potenzials, der geografischen Lage und der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat ein wichtiger internationaler Akteur.

¹³ Eine Ausnahme bildet Belarus. Nicht zuletzt aufgrund der geringen Rohstoffvorkommen stützt sich die Wirtschaft auf die produktiven Sektoren und die Landwirtschaft und ist zugleich von subventionierten russischen Energielieferungen abhängig (vgl. Becker 2018). Die starke Verflechtung in postsowjetische Lieferketten und die Abhängigkeit von Energielieferungen erklärt die traditionelle regionale Orientierung der belarussischen Volkswirtschaft. In den meisten postsowjetischen Staaten verfolgen die dominanten Kapitalfraktionen Akkumulationsstrategien, die die Produktionsstätten aus der Sowjetzeit ausbeuten, Investitionen in Forschung und Entwicklung oder Ausrüstung vernachlässigen und ihre Beteiligungen durch intransparente, in Steueroasen registrierte Holdings verschleiern. In den meisten Ländern begünstigen die Regierungen diese Akkumulationsstrategien durch die Deregulierung der Finanzmärkte und die Gründung von Sonderwirtschaftszonen (vgl. für die Ukraine Yurchenko 2012, für Kasachstan Kuznir 2018, für Aserbaidschan Meissner 2018).

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE ALS KATALYSATOR FÜR NEUE AUSEINANDERSETZUNGEN IM MACHTBLOCK

Die 2008 einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise erfasste auch den postsowjetischen Raum, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, und verschärfte die multiplen Widersprüche in der Region. Den größten wirtschaftlichen Einbruch verzeichneten die Ukraine und Armenien 2009 mit Rückgängen des BIP von 14,8 bzw. 14,1 Prozent. Um einen Staatsbankrott zu vermeiden, sah sich die ukrainische Regierung gezwungen, einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Milliarden US-Dollar aufzunehmen. Ebenfalls starke Einbrüche des BIP erlebten Russland (-7,8%) und Georgien (-3,6%). Die belarussische Volkswirtschaft stagnierte (+0,2%), während die zentralasiatischen Republiken und Aserbaidschan weiterhin ein Wachstum des BIP verzeichneten, wenngleich bei deutlich zurückgehenden Wachstumsraten.

Im Vergleich zur Europäischen Union (EU) war der wirtschaftliche Einbruch im postsowjetischen Raum also deutlich stärker. Die Geografen Adrian Smith und Adam Swain (2010) argumentieren, dass das Ausmaß der Krise nicht nur als ein Resultat externer Schocks verstanden werden sollte. Vielmehr habe die Krisenanfälligkeit der gesamten Region ihre Ursache in den spezifischen Transformationsstrategien der einzelnen Länder nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den damit verbundenen geopolitischen Orientierungen. Die im Zuge der Krise beschleunigte Deindustrialisierung der Region verringerte die Komplexität der Produktionsstrukturen und förderte die Ausrichtung auf den Rohstoffexport und einfache Weiterverarbeitungsschritte, was bedeutet, »dass die GUS-Staaten Produktionsketten mit geringer Wertschöpfung besetz[t]en« (Dzarasow 2016: 29).

Dank ihrer umfangreichen Devisenreserven konnte die russische Regierung – anders als in der Krise 1998 – einen Staatsbankrott vermeiden und ein Konjunkturprogramm zur Stimulierung der Binnennachfrage auflegen. Zwar erzielten die Maßnahmen der Regierung ihre gewünschte Wirkung und kurbelten das Wirtschaftswachstum vorübergehend an (2010: +4,5%, und 2011: +5,2%), doch bereits im Jahr 2012 ließ die wirtschaftliche Dynamik nach (+3,6%) und kündigte den Beginn einer bis heute andauernden zweiten Krisenphase an.

Vor dem Hintergrund des neuen Krisenzyklus von 2008 ff. verschärfen sich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Russland. Die Massenproteste der Jahre 2011 bis 2013 sind Ausdruck einer umfassenden Legitimations- und Repräsentationskrise,

die sich aufseiten der Protestierenden in einer Ablehnung der Repräsentant*innen und Institutionen der oligarchisch-etatistischen Ordnung und damit einhergehenden Forderungen nach eigener Repräsentation und direkter Demokratie manifestierte. Die Empörung über die ausufernde Korruption und das selbstherrliche Gebaren der Herrschenden kommt in der Formulierung «Partei der Gauner und Diebe» für die Staatspartei «Einiges Russland» zum Ausdruck. Die Regierung reagierte darauf mit zunehmend offen repressiven Maßnahmen und einer Öffnung nach rechts.¹⁴

Das Ausgreifen der Krise auf das politische System und die autoritäre Reaktion des herrschenden Blocks markieren einen Wendepunkt in der jüngeren russischen Geschichte, denn konsensuale Modi der Regierungsführung, die zur Anfangszeit Putins noch bedeutsam waren, wurden zunehmend aufgegeben. Stattdessen sicherte der herrschende Block seine dominante Stellung fast ausschließlich durch repressive Maßnahmen und verfolgte eine ideologisch deutlich prononcierterere rechte Politik. Gesetze der dritten Putin-Administration (2012–2018) stellen «homosexuelle Propaganda» in der Anwesenheit von Minderjährigen oder in der Öffentlichkeit sowie die Verletzung der Gefühle von Gläubigen unter Strafe. Ein weiteres Gesetz aus dem Jahr 2017 reduziert häusliche Gewalt auf eine bloße Ordnungswidrigkeit und festigt damit patriarchale Familienstrukturen. Darüber hinaus nahmen Staat und orthodoxe Kirche verstärkten Einfluss auf die Kultur- und Bildungspolitik und stärkten national-konservative, großrussische Inhalte (vgl. Curanović 2021). Zudem verschärfte die Regierung die Kriminalisierung von Flüchtlingen durch die Errichtung temporärer Internierungslager (Makarychev/Medvedev 2015: 47).

Die Integration rechter national-konservativer Kräfte führte zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse im russischen Machtblock. Der Verlust des Weltmachtstatus und die periphere Integration in die westlich dominierte Weltordnung stärkten – ähnlich wie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg – früh re-vanchistische Kräfte, die einen gleichberechtigten Platz in der internationalen Ordnung einfordern. So kritisierte Wladimir Putin bereits in seiner berühmten Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 nicht nur die geopolitischen Entwicklungen zuungunsten Russlands (NATO-Osterweiterung, westliche Interventionen im Nahen Osten und im ehemaligen

14 In der Folgezeit traten bekannte Vertreter sogenannter national-konservativer Kräfte in die russische Regierung ein. Dabei handelte es sich nicht um oppositionelle Teilnehmer der Protestbewegung, sondern um staatstragende rechte Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. So wurden Dmitrij Rogozin zum Vizepremier und der Ökonom Sergej Glazew zum Präsidentenberater für Wirtschaftsfragen ernannt.

Jugoslawien), sondern auch die Barrieren für russische Unternehmen in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren westlicher Länder (kremlin.ru 2007). Im Angesicht des ökonomischen Niedergangs, der großen sozialen Ungleichheit und der wachsenden regionalen Entwicklungsunterschiede im Innern verfängt das Narrativ der Einkreisung Russlands durch den Westen und stärkt autoritäre, national-konservative Kräfte, die zur Wahrung der eigenen Interessen zunehmend auf einen konfrontativen Kurs gegenüber dem Westen setzen.

Die sich überlagernden Krisenprozesse führten auch innerhalb des herrschenden Blocks zu Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs des Landes. Speziell im national-konservativen Diskurs galt das extraktive Entwicklungsmodell als Hindernis für eine erfolgreiche kapitalistische Entwicklung und einer Internationalisierung der einheimischen Bourgeoisie. Diese Positionen trafen bei Kapitalfraktionen aus dem produktiven Sektor und Teilen der Staatsbürokratie vermehrt auf Zustimmung. Die Abhängigkeit vom Rohstoffexport gefährde, so die Ansicht relevanter Kräfte, nicht nur die globale Führungsposition der Russischen Föderation, sondern mittelfristig sogar deren Existenz.

In einem Artikel für die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* kritisierte Präsident Putin bereits im Jahr 2012 ausführlich die periphere Weltmarktintegration des Landes und die negativen Folgen dieses Prozesses für die russische Industrie (Putin 2012). Bis zu diesem Zeitpunkt war die Peripherisierung Russlands als strukturelles Hindernis gesellschaftlicher Entwicklung vor allem in akademischen Debatten, in Teilen der politischen Linken und unter Vertreter*innen der national-konservativen Rechten als Problem präsent. Zwar hatte die Regierung bereits in den 2000er-Jahren kritisch auf die Deindustrialisierung des Landes oder die wachsende technologische Rückständigkeit gegenüber den Zentrumsstaaten hingewiesen, doch insgesamt wurde die Ausrichtung auf den Ressourcenextraktivismus unter Putin sogar noch vertieft.

Die Forderung eines Modernisierungsprogramms der russischen Ökonomie durch eine Re-Industrialisierungsstrategie erhielt mit der Integration national-konservativer Kräfte in den Machtblock neuen Auftrieb. Eine erfolgreiche Förderung der produktiven Sektoren könne, argumentierten die Ökonomen Sergej Glazew und Sergej Tkatschuk, aufgrund der Bedeutung bestehender transnationaler Lieferketten und Produktionsbeziehungen für die russische Industrie nur im Rahmen eines postsowjetischen Integrationsprojekts gelingen (Glazew/Tkachuk 2015: 61). Dies ermögliche eine ökonomische Diversifizierung sowie das Entstehen eines gemeinsamen Absatzmarktes für Industrie- und Agrarprodukte, die global (noch) nicht konkurrenzfähig seien. Ohne eine gemeinsame Entwicklungsstrategie sei ein weiterer ökonomischer Ab-

stieg unausweichlich. Dies schaffe eine «ökonomische Rationalität», die in dem «pragmatischen Ziel» bestehe, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Region insgesamt zu erhöhen (ebd.: 61).

Das Bekenntnis zu einem postsowjetischen Integrationsprojekt beinhaltet zudem eine geopolitische Dimension. Seit Mitte der 2000er-Jahre verschlechterten sich die Beziehungen zu den USA und zur EU kontinuierlich; seit der militärischen Eskalation in der Ostukraine 2014 wird das Verhältnis immer konfrontativer. Parallel dazu erodiert die russische Dominanz im postsowjetischen Raum. Die baltischen Republiken traten im Jahr 2004 erst der NATO und dann der EU bei. Die Ukraine, Moldawien und Georgien unterzeichneten Assoziierungsabkommen mit der EU; Georgien und die Ukraine streben zudem eine NATO-Mitgliedschaft an. Auch der Aufstieg Chinas und Indiens verändert die Kräfteverhältnisse im postsowjetischen Raum. Die zentralasiatischen Länder orientieren sich wirtschaftlich und politisch immer stärker nach China. Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan sind neben Russland und China Gründungsmitglieder der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Nach Ansicht des national-konservativen Ökonomen und Kommissars für Integration und Makroökonomie bei der Eurasischen Wirtschaftskommission, Sergej Glazew, ist Russland durch diese Entwicklungen existenziell bedroht, da das Land die Voraussetzungen für eine eigenständige Mitgestaltung der künftigen Weltordnung nur noch eingeschränkt besitze (Glazew 2015). Der gesellschaftliche Peripherisierungsprozess und die wachsende technologische Abhängigkeit vom Westen setzten, so Glazew, der politischen Gestaltungsmacht des Landes enge Grenzen. Die im Zuge des Ukraine-Konflikts 2014 erlassenen Sanktionen könnten eine existenzielle Bedrohung für Russland darstellen, wenn es nicht gelinge, auf ein binnenorientiertes Entwicklungsmodell umzuschwenken. Dies mache auch eine Orientierung auf den postsowjetischen Raum notwendig (ebd.). Die Forderung nach einer stärkeren postsowjetischen Ausrichtung der russischen Außenpolitik findet zunehmend auch in den Staatsapparaten und der Regierungspolitik Wiederhall. Das außenpolitische Konzept der Russischen Föderation aus dem Jahr 2013 unterstreicht die Notwendigkeit des postsowjetischen Einigungsprozesses als Antwort auf die geopolitischen Umwälzungen (Lane 2016: 57 f.).

Vor diesem Hintergrund wurde die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zum «Kernstück» (Sakwa 2016) der dritten Amtszeit Wladimir Putins (2012–2018). In ihrer ursprünglichen Gründungsidee war sie jedoch mehr als nur ein Projekt zur Sicherung der geopolitischen Macht in der Region (exemplarisch: Spahn 2014; Strzelecki 2016). Vielmehr handelt es sich um ein Bündnis der ökonomisch stärksten

Staaten der Region mit der höchsten industriellen Diversifikation aller GUS-Staaten. Die Ukraine, Belarus und Kasachstan standen noch 2019 für 90 Prozent des russischen Außenhandels mit den GUS-Staaten. Auch bezogen auf den gesamten Außenhandel war ihr Anteil mit 13 Prozent bedeutsam.

Als wichtigster Handelspartner und aufgrund der geostrategischen Lage (Flottenstützpunkt auf der Krim, Puffer zur NATO) war aus russischer Sicht der Beitritt der Ukraine das «wichtigste unerwähnte Ziel der eurasischen Integration» (Lukjanow 2015: 294).

Hinzu kommt die Bedeutung als Transitland: Der Großteil der russischen Öl- und Gaspipelines verläuft durch die Ukraine. Da bis zum Angriff auf die Ukraine die Europäische Union der mit Abstand wichtigste Abnehmer russischer Öl- und Gaslieferungen war, war die Kontrolle über das Transportnetz essenziell für das extraktive Entwicklungsmodell. Nur mit der Ukraine, so der Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, Fjodor Lukjanow, könne die Eurasische Wirtschaftsunion eine wirkliche globale Bedeutung erlangen (ebd.).

DER MACHTGEWINN DES STAATES

Das Ausbleiben des Beitritts der Ukraine zur Eurasischen Wirtschaftsunion bedeutete das Scheitern des friedlichen postsowjetischen Integrationsprojekts und versetzte den russischen Modernisierungsbestrebungen einen empfindlichen Dämpfer. Infolgedessen vollzog die Putin-Administration einen Kurswechsel hin zu einer deutlich expansiveren, gewaltförmigen Außenpolitik. Den Auftakt bildete die Krim-Annexion und die Unterstützung der separatistischen Kräfte in der Ostukraine; sie setzte sich fort in den Interventionen in Syrien und Kasachstan und findet ihren vorläufigen Höhepunkt im Einmarsch in der Ukraine am 24. Februar 2022.

Nach Ansicht des Ökonomen Ruslan Dzarasow zielt diese «neo-revisionistische Außenpolitik» darauf ab, die russische Position in der westlich dominierten Weltordnung zu verbessern, was Russland zwangsläufig in einen Konflikt mit dem Westen bringe. Im Zentrum der geopolitischen Interessen Russlands stehe dabei der postsowjetische Raum (Dzarasow 2017). Der Politikwissenschaftler Ilja Matweew konstatiert dagegen, mit der Krim-Annexion schreite die Entkopplung der ökonomischen und sicherheitspolitischen Logiken in der Außenpolitik immer weiter voran (Matweew 2021). In den 2000er-Jahren sei die Internationalisierung russischer Kapitalfraktionen in Übereinstimmung mit den sicherheitspolitischen Interessen des Staates erfolgt. In extraktiven Ökonomien sei Territorialität jedoch eine deutlich wichtigere Voraussetzung für eine stabile Kapitalakkumulation, als dies in anderen Akkumulationsregimen der Fall

ist. Nur eine direkte territoriale Kontrolle über die Rohstoffvorkommen und das Pipelinennetzwerk garantiere konstante Gewinne und erfordere daher eine enge Verbindung zwischen der Politik und den extraktiven Sektoren. Im russischen Fall, so Matweew, ist der Staat durch die direkte Kontrolle von Öl- und Gasfirmen besonders eng mit dem extraktiven Modell verwoben, was die Besetzung von Entscheidungspositionen in Staat und Regierung durch Mitarbeitende von Armee, Polizei und Geheimdienst begünstige. Die Dominanz sicherheitspolitischer Logiken in der Außenpolitik laufe jedoch den Interessen der russischen Kapitalfraktionen offen zuwider. Das gelte im Besonderen für das Verhältnis zur Ukraine, dem wichtigsten ökonomischen Partner im postsowjetischen Raum (ebd.).

Beide Autoren weisen auf wichtige Aspekte hin, die den außenpolitischen Kurswechsel erklären. Allerdings vernachlässigen sie die sich zuspitzenden Widersprüche des russischen Entwicklungsmodells, denn parallel zu den außenpolitischen Interventionen lassen sich auch in der Innenpolitik Veränderungen beobachten. Abgesehen von einer kurzen Phase (2010–2012) blieb eine wirtschaftliche Erholung Russlands weitgehend aus. Im Angesicht der stagnativen Tendenzen haben russische Kapitalfraktionen weiter an Konkurrenzfähigkeit verloren und sind zunehmend auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Zugleich gerät das extraktive Entwicklungsmodell durch sich immer deutlicher abzeichnende Strategien eines grünen Kapitalismus unter Druck. Mit dem

Tabelle 2: Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Russland 2012–2020 (in % des BIP)

2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
3,6	1,8	0,7	-2,0	0,2	1,8	2,8	2,2	-2,7

Quelle: Weltbank Open Data

Green Deal verfolgt die Europäische Union – bis zum Angriff auf die Ukraine der mit Abstand wichtigste russische Exportmarkt – das Ziel, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Damit sind massive Rückgänge bei Importen fossiler Energieträger zu erwarten, die Produktion erneuerbarer Energien (grüner Wasserstoff) spielt dagegen – trotz verstärkter Investitionen – eine untergeordnete Rolle. Da auch China und Japan die Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften vorantreiben, droht Russland in einem Zeitraum von 30 bis 40 Jahren ein weiterer ökonomischer Abstieg, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaft zu diversifizieren.

Die seit 2014 kontinuierlich ausgeweiteten westlichen Russland-Sanktionen verschärfen die Krise zusätzlich. Das Importverbot westlicher Technologie zur Rohstoffförderung verdeutlicht die Abhängigkeit des extraktiven Sektors von westlichem Know-how und verhilft staatlichen Strategien zur Förderung des produktiven Sektors zum Durchbruch. Als Reaktion gründete die russische Regierung eine Kommission zur Importsubstitution. Diese, kommentierte die liberale Wirtschaftszeitung *Kommersant*, beanspruche im Hinblick auf den Firmensektor Vollmachten, die «seit 1993–1994 weder das Wirtschaftsministerium noch [...] das Industrieministerium oder andere Ministerien» jemals hatten (*Kommersant* 2015). Eigenen Angaben zufolge handelt es sich bei der Kommission um ein «Koordinationsorgan», das das einheitliche Agieren der Exekutivorgane auf föderaler, nationaler und regionaler Ebene gewährleisten soll. Die Kommission verfolgt das Ziel, die Importabhängigkeit der Industriesektoren zu reduzieren und Firmen und Unternehmer*innen konkret Hilfestellung zu leisten (vgl. government.ru). Die Ansiedlung der Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation verdeutlicht die unmittelbare Bedeutung, die die Regierung der Importsubstitutionsstrategie beimisst.

Dem Übergang zu einer protektionistischen Industriepolitik steht eine verschärfte neoliberale Sozialpolitik gegenüber. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters oder die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen zur Repatriierung von Auslandskapital reproduzieren den «inkohärenten Staat» (Morris 2019), der aufgrund der geringen öffentlichen Kontrolle und des starken informellen Einflusses einzelner Fraktionen des Machtblocks in seinem Handeln weiter geschwächt wird. Dies verhindert eine konsequente Ausrichtung auf ein

binnenorientiertes Modell im Rahmen einer systematischen Industriepolitik.

Die Gründung und Aufwertung staatlicher Institutionen zur Durchsetzung der Importsubstitutionsstrategie sowie protektionistische Maßnahmen modifizieren das extraktivistische Entwicklungsmodell. Zwar bleibt der Rohstoffexport nach wie vor der wichtigste Wirtschaftszweig, allerdings wächst die Bedeutung anderer Sektoren wie der Rüstungs- und der Agrarindustrie, einschließlich daran angebundener produzierender Sektoren (Landmaschinenhersteller) und chemische Industrie (Saat- und Düngemittelproduzenten). Dies gilt umso mehr seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und dessen nicht absehbarem Ende. Der Bedeutungsgewinn des Rüstungs- und des Agrarsektors stärkt den Einfluss der mit den produzierenden Sektoren verbundenen Kräfte im Machtblock und verleiht der aggressiven außenpolitischen Strategie weiter Auftrieb. Diese Fraktionen profitieren von der protektionistischen Importsubstitution und haben daher kein Interesse an einer Aufhebung der westlichen Sanktionen. Der im Zuge der offenen Konfrontation mit dem Westen vollzogene Kurswechsel – aggressive Außenpolitik und Schwenk nach Osten (postsowjetischer Raum, Südostasien) – entspricht den Interessen führender russischer Kapitalfraktionen, die zunehmend nicht mehr bereit sind, ihre periphere Position im Weltsystem zu akzeptieren.

Eine weitere Veränderung des russischen Entwicklungsmodells besteht in der immer dominanteren Rolle des Staates für dessen Reproduktion. Einerseits wächst dessen Einfluss in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, andererseits sind Kapitalfraktionen für ihren ökonomischen Erfolg – nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation – zunehmend auf staatliche Unterstützung (finanzielle Ressourcen, Begünstigung bei Auftragsvergaben) angewiesen. In strategisch relevanten Sektoren treibt die Putin-Administration Konzentrationsprozesse oftmals unter staatlicher Beteiligung voran und verschärft durch die Bildung von nationalen Champions die Monopol- oder Oligopolbildung auf dem Binnenmarkt. Dies schafft ein neues institutionelles Arrangement zwischen Staat und Kapital, indem Ersterer zunehmend die dominante Rolle einnimmt, die Staatsbürokratie private Kapitalfraktionen immer stärker verdrängt und als Manager staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen agiert.

DIE GEOPOLITISIERUNG DER EURASISCHEN WIRTSCHAFTSUNION

Ein Modernisierungsschub für die russische Ökonomie im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion ist bisher ebenfalls ausgeblieben. Zwar konnte Russland seine Marktanteile in den Mitgliedsstaaten halten, aber trotz der Gründung der Eurasischen Entwicklungsbank und dem Eurasischen Stabilisierungs- und Entwicklungsfonds zur Finanzierung langfristiger Infrastrukturprojekte beschränkt sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem auf die Bereiche Landwirtschaft und Energie, während eine systematische Industriepolitik der Mitgliedsstaaten weitgehend ausbleibt. Ein wichtiger Grund ist die stärker geopolitische Ausrichtung der EAWU seit dem Beginn der russisch-ukrainischen Konfrontation. Als Reaktion auf den ausbleibenden Beitritt der Ukraine forcierte die russische Führung die Mitgliedschaft der wirtschaftlich deutlich schwächeren, aber strategisch wichtigen Länder Armenien und Kirgistan. Für beide Länder ist die EAWU durchaus attraktiv, denn der Umverteilungsmechanismus der Zolleinnahmen garantiert zusätzliche Einnahmen und ihre Bürger*innen erhalten freien Zugang zum russischen Arbeitsmarkt. Allerdings spielte bei der Beitrittsentscheidung Armeniens und Kirgistans ein hohes Maß an Zwang eine Rolle (Verlust russischer Sicherheitsgarantien bei Nichtmitgliedschaft).

Die Dominanz der geopolitischen Logik schwächt den ökonomischen Integrationsprozess – und damit auch die politische Kohärenz der Mitgliedsstaaten. Trotz energischen Drängens haben sich die übrigen Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion nicht den russischen Gegensanktionen angeschlossen oder unterstützen die russische Intervention in der Ukraine. Der ausbleibende russische Beistand für Armenien im Konflikt mit Aserbaidschan um Bergkarabach hat die inneren Fliehkräfte weiter gestärkt und könnte sich infolge einer möglichen Annäherung Eriwans an die EU zu einem weiteren potenziellen Konflikt ausweiten. Das postsowjetische Integrationsprojekt unter russischer Führung bleibt damit wenig attraktiv und kann die Fragmentierung der Region nicht aufhalten.

Auch jenseits des postsowjetischen Raums setzt das extraktive Entwicklungsmodell den russischen Expansionsbestrebungen enge Grenzen. Seit den 2000er-Jahren fördert der russische Staat die Wirtschaftsbeziehungen mit Schwellenländern, insbesondere in Afrika. Seit den ersten westlichen Sanktionen werden diese Bemühungen deutlich intensiviert, was unter anderem an den regelmäßigen Afrika-Russland-Gipfeln deutlich wird. Zwar hat der russische Handel mit Subsahara-Afrika seitdem zugenommen, er bleibt jedoch mit 19 Milliarden US-Dollar weit hinter dem der EU (300 Mrd. US-Dollar) oder der USA (60 Mrd. US-Dollar) zurück (Matusevich 2021:

131). Die verstärkten Bemühungen um enge wirtschaftliche Beziehungen zu Afrika beschränken sich aufgrund der begrenzten ökonomischen Diversifizierung auf die Bereiche Nukleartechnologie, Energie und militärische Kooperation. Der russische Staatskonzern Rosatom baut in Ägypten ein Atomkraftwerk und kooperiert im Rahmen einer «strategischen Kernenergie-Partnerschaft» mit Südafrika (*taz*, 23.9.2014). Auch andere afrikanische Staaten treiben die zivile Nutzung von Atomkraft voran. Nach dem Militärputsch im Herbst 2022 in Burkina Faso unterzeichnete Präsident Ibrahim Traoré eine Absichtserklärung mit Rosatom über den Bau eines Atomkraftwerks. Die Internationalisierung der russischen Atomindustrie eröffnet nicht nur lukrative Exportaufträge, sie folgt auch einem politischen Kalkül. Oft flankiert die Putin-Administration die Geschäftsbemühungen Rosatoms mit milliardenschweren Krediten zur Finanzierung des Kraftwerkbaus. Darüber hinaus bietet der Staatskonzern üblicherweise eine Belieferung mit Brennstäben und deren Wiederaufbereitung an. Das umfangreiche Angebot von Kernkraftwerkbau und -wartung, Belieferung und Wiederaufbereitung der Brennstäbe und Krediten stärkt den russischen Einfluss und blockiert die notwendige sozial-ökologische Transformation dieser Staaten (zur Rolle des Staatskonzerns Rosatom und der Atomindustrie in der russischen Politik vgl. Jaitner 2023: 209–218).

Die Verschränkung ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen prägt auch die militärische Kooperation. Von 2015 bis 2019 lieferte Russland 49 Prozent aller afrikanischen Rüstungsgüter und stieg damit zum größten Waffenlieferanten des Kontinents auf. Seit den ersten westlichen Sanktionen im Jahr 2014 unterzeichnete die Putin-Administration zudem mindestens 19 Abkommen über militärische Zusammenarbeit, darunter mit Äthiopien, Angola und Mosambik (Matusevich 2021: 128).

Auch der proklamierte russische Schwenk nach Asien dürfte die Widersprüche des extraktiven Entwicklungsmodells nur begrenzt abschwächen. Im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion bemüht sich die russische Regierung um eine wirtschaftliche Ausrichtung auf Schwellenländer, vor allem in Asien. Im Mai 2015 unterzeichnete der Staatenbund ein Freihandelsabkommen mit Vietnam und im Juni 2019 mit Serbien, weitere Verhandlungen werden mit China und dem Iran geführt. Der seit Mitte der 2000er-Jahre stetig an Bedeutung gewinnende Handel mit China reproduziert jedoch den Warenaustausch mit dem Westen, da auch hier Maschinen und Ausrüstung importiert und im Gegenzug Rohstoffe verkauft werden. So konstatierte das Carnegie-Institut bereits vor dem russischen Einmarsch in der

Ukraine eine stille Einbindung Russlands in eine technologische «Pax Sinica»¹⁵ (Carnegie Endowment for International Peace 2021). Die Wirtschaftsbeziehungen mit Iran beschränken sich weitgehend auf die Bereiche Energie und Rüstung, dabei bekräftigen beide

Länder immer wieder das Interesse an einer Ausweitung der industriellen Kooperation. Das Ausbleiben einer systematischen Industriepolitik auf russischer Seite erschwert jedoch die Diversifizierung und die Modernisierung der Ökonomie.

RUSSLANDS AUSSENPOLITIK: EINE VERSCHRÄNKUNG ÖKONOMISCHER UND SICHERHEITSPOLITISCHER INTERESSEN

Die Ausweitung der militärischen Kooperation stärkt Russlands Rolle als national-konservative Ordnungsmacht im Nahen Osten und in Afrika. Das außenpolitische Engagement ist primär auf das Zurückdrängen des westlichen Einflusses ausgerichtet, zielt aber nicht darauf ab, die von Großmächten dominierte Ordnung zu überwinden. Immer wieder betont die russische Führung die Wahrung staatlicher Souveränität und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als Maxime ihrer Außenpolitik.¹⁶ De facto werden diese Leitlinien jedoch höchst selektiv interpretiert. Das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stabilisiert autoritäre Regime und sichert deren repressive Politik ab – wie beispielsweise in Äthiopien.¹⁷ Im Fall der Ukraine jedoch wurde das Vorgehen der «faschistischen Junta» gegen die Menschen in der Ostukraine nicht als innere Angelegenheit betrachtet, sondern als eines, das einen russischen Einmarsch erforderte. Die immer aggressivere russische Außenpolitik hat demnach ähnlich destabilisierende Folgen wie diejenige der westlichen Großmächte: Die Interventionen dieser Akteure und ihre militärischen Kooperationen mit privaten Sicherheitsfirmen schwächen das Völkerrecht und verschärfen gewaltsame Konflikte im Innern.

Dennoch greift Matweews Argument der Entkopplung von ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen zur Erklärung des außenpolitischen Kurswechsels zu kurz. Es wäre präziser, von einer Verschränkung sicherheitspolitischer und ökonomischer Dispositive in der Außenpolitik zu sprechen, die aus den Widersprüchen des extraktiven Entwicklungsmodells herrühren. Die Integration national-konservativer Kräfte in den Machtblock infolge der Massenproteste von 2011 bis 2013 und der wirtschaftlichen Stagnation geht mit einer Verschärfung autoritä-

rer, gewaltförmiger Herrschaft sowohl im Innern als auch nach außen einher. Die aggressive Außenpolitik ist ein Versuch des Machtblocks, die Krise des extraktiven Entwicklungsmodells zu bearbeiten, denn sie schafft wie im Falle der Annexion der Krim nicht nur Zustimmung im Innern, sondern soll langfristig die internationale Position russischer Kapitalfraktionen verbessern. Zugleich entspricht sie durchaus den ökonomischen Interessen relevanter Fraktionen im Machtblock. Im Zuge der verstetigten Konfrontation mit dem Westen vollzog der russische Staat einen Übergang zu einer stärker protektionistischen Politik (Importsubstitution), was die Position der produktiven Sektoren gegenüber den dominanten extraktiven Sektoren verbesserte. Im Angesicht der wachsenden ökonomischen Bedeutung des Rüstungssektors und der sich verschärfenden geopolitischen Lage ist zu erwarten, dass das sicherheitspolitische Dispositiv für die konkrete Politikgestaltung weiter zunehmen wird. Auch die russische Intervention in der Ukraine zeigt die Verschränkung von sicherheitspolitischem und ökonomischem Kalkül. Denn im Angesicht der inneren Widersprüche des extraktiven Entwicklungsmodells stößt die Aneignung des Mehrwerts durch die dominanten Kapitalfraktionen zunehmend an seine Grenzen. Dem Soziologen Wolodymyr Ischtschenko zufolge ist die expansive außenpolitische Strategie ein Versuch, neue Quellen für die «Insider-Rente» zu erschließen. Die territoriale Expansion des Staates ermöglicht russischen Kapitalfraktionen den Zugriff auf neue Akkumulationsquellen und deren monopolistische Aneignung (Ischtschenko 2023: 18).

Die Verschränkung der sicherheitspolitischen und der ökonomischen Logik bleibt trotz des Scheiterns der ursprünglichen russischen Kriegsziele bestehen. Geplant war, durch einen handstreichartigen Sieg die

15 Unter dem Begriff «Pax Sinica» ist die technologische Vorherrschaft Chinas in einer von Peking kontrollierten Einflussosphäre zu verstehen. Oft geht der Begriff über die technologische Vorherrschaft hinaus und impliziert eine politische und ökonomische Dominanz.

16 Sogar die Militäreinsätze in Syrien oder Kasachstan sind offiziell diesem Ziel verpflichtet, da sie auf Bitten der jeweiligen Regierungen erfolgten.

17 Der russische Botschafter in Äthiopien, Ewgenij Terechin, sicherte der Regierung Abiy Ahmed volle Unterstützung bei ihrem brutalen Vorgehen in Tigray zu: «Russland stand immer auf der Seite Äthopiens in seinem Kampf um Unabhängigkeit, staatliche Souveränität und territoriale Integrität. Daher sind wir nicht gleichgültig gegenüber den aktuellen Ereignissen in Äthiopien. Wir vertreten den Standpunkt, dass die Situation in Tigray eine rein innere Angelegenheit Äthopiens und seines Volkes ist [...] Wir begrüßen natürlich den Abschluss der militärischen Phase der Operation, die mit der geringstmöglichen Anzahl von zivilen Opfern und Verwundeten durchgeführt wurde.» (Terechin 2021; eigene Übersetzung)

Westintegration der Ukraine zu verhindern und eine politische und ökonomische Anbindung an Russland sicherzustellen. Mit dem Übergang zu einem Stellungskrieg nimmt die Intensität des Krieges weiter zu. Hinter dem Festhalten der russischen Führung am Kriegskurs verbergen sich jedoch – abgesehen von den sicherheitspolitischen Interessen – nach wie vor auch ökonomische Ziele, die kurz an drei Aspekten aufgezeigt werden: (1) Die Annexion der besetzten Gebiete im Osten und Süden und die territorialen Expansionsziele ermöglichen russischen Kapitalfraktionen Zugriff auf neue Akkumulationsquellen. (2) Die Kriegsführung zielt zunehmend auf die systematische Schwächung des ukrainischen Agrarkomplexes und damit auf die Ausschaltung des Konkurrenten. Davon zeugen die weiträumige Verminung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, die Zerstörung von Infrastruktur (Silos, Häfen) und die Verhinderung der ukrainischen Agrarexporte durch Blockaden. (3) Die gezielten Maßnahmen zur Erhöhung der Rüstungsproduktion stärken die Rüstungsindustrie und die damit verbundenen produktiven Sektoren.

Laut Ischtschenko stellt der Krieg in der Ukraine den Versuch dar, das «Überleben der russischen herrschenden Klasse und ihres Modells des politischen Kapitalismus zu sichern», gleichzeitig die sich im Entstehen befindende multipolare Weltordnung aktiv mitzugestalten und das russische Modell zur Schaffung eigener Einfluss- und Akkumulations-sphären global zu exportieren (Ischtschenko 2023: 20). Die Internationalisierung des russischen Extraktivismus und dessen zunehmend aggressiv-expansiver Charakter werfen die Frage auf, inwiefern dessen Integration in einen grünen Kapitalismus möglich ist, welcher sich in den kapitalistischen Zentren des Westens und in China immer deutlicher abzeichnet. Die gegenwärtige Konfrontation mit dem Westen und die von beiden Seiten forcierte ökonomische Entkopplung droht in Zukunft eine neue Konfliktlinie zu schaffen, da Russland Schritte ergreifen könnte, um die Position fossiler und nuklearer Energie auf internationalem Terrain abzusichern. Angesichts

des zunehmenden ökologischen Auseinanderdriftens zwischen den grünen Zentren und der braunen (Semi-)Peripherie könnte Russland auch die energieteilige Welt als Geschäftsmodell fördern. Die repressive Politik nach innen und die Interventionspolitik nach außen intensivieren die gesellschaftlichen Widersprüche sowohl in Russland als auch im postsowjetischen Raum. Davon zeugen der Putsch der Wagner-Gruppe oder die antisemitischen Massenausschreitungen in Dagestan, aber auch die wiederaufflammenden Kriege zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie Kirgistan und Tadschikistan oder die zunehmend gewalttätigen innenpolitischen Auseinandersetzungen um die geopolitische Ausrichtung Georgiens. All diese Konflikte stehen in direktem Zusammenhang mit dem ukrainisch-russischen Krieg und verdeutlichen die übergreifenden Krisenphänomene in der Region. Trotz dieser destabilisierenden Folgen intensiviert die russische Regierung die Kriegsführung durch die Mobilisierung neuer Rekruten und die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft. Damit rückt der postsowjetische Raum immer mehr ins Zentrum geopolitischer Konfrontation. Die seit der Auflösung der UdSSR umkämpfte innenpolitische Ausrichtung einzelner Länder wie Armenien, Georgien, Moldawien oder Kirgistan gewinnt eine neue Intensität und wird zum Schauplatz, auf dem sich die konkurrierenden Lager (Russland, Westen, Türkei) begegnen. Um einer weiteren Destabilisierung des postsowjetischen Raums vorzubeugen, bedarf es einer vorausschauenden, krisenentschärfenden Außenpolitik, die gezielt an den vielfältigen Krisenphänomenen (ökonomisch, politisch, ökologisch) ansetzt und sie durch konkrete politische Maßnahmen bearbeitet. Dies erfordert eine Rückkehr zur Kooperation von USA und EU mit Russland sowie eine systematische Einbindung der Türkei und China anstatt einer weiteren Blockbildung, denn nur anhand einer gemeinsamen Kooperation dieser Akteure ist eine effektive Bearbeitung der Krisen und eine Stabilisierung des postsowjetischen Raums eine realistische Entwicklungsoption.

LITERATUR

- Awen, Pjotr/Koh, Alfred (2015):** Rewolucija Gajdara. Istorija reform 90-h iz perwyh ruk, Al'pina Pablišer, Moskau.
- Becker, Joachim (2015):** Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus, in: Prokla 180, S. 409–432.
- Becker, Joachim (2018):** Divergent political-economic trajectories. Russia, Ukraine, Belarus, in: Jaitner, Felix/Olteanu, Tina/Spöri, Tobias (Hrsg.): Crises in the post-soviet space. From the dissolution of the Soviet Union to the conflict in Ukraine, Abingdon, S. 61–80.
- Bockman, Johanna/Eyal, Gil (2002):** Eastern Europe as a Laboratory for Economic Knowledge: The Transnational Roots of Neoliberalism, in: American Journal for Sociology 2/2002, S. 310–352.
- BP: Statistical Review of World Energy (2016),** unter: www.bp.com/en/global/corporate/energy-economics/statistical-review-of-world-energy.html.
- Bundesregierung (2022):** Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. September 2022 in New York, unter: www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2127766.
- Buzgalin, Aleksandr W./Kolganow, Andrej I. (2015):** Global'nyj Kapital. Tom 2, Izdatel'stvo URSS, Moskau.
- Carnegie Endowment for International Peace (2021):** How Chinese Tech Companies Are Conquering Russia, unter: <https://carnegiemoscow.org/commentary/83589>.
- Closson, Stacy/Dainoff, Charles (2015):** Offshore gas intermediary companies in Eurasia, in: Central Asian Survey 1/2015, S. 29–45.
- Curanović, Alicja (2021):** Domestic Lobbyists and Conservatism in Russian Foreign Policy, in: Ferrari, Aldo/Tafuro Ambrosetti, Eleonora (Hrsg.): Russia's Foreign Policy: The Internal-International Link, Italian Institute for International Political Studies, Mailand, S. 37–63.
- Deuber, Gunter/Schwabe, Andreas (2012):** Kurz- und mittelfristige Wirtschaftsperspektiven in Russland, in: Russland-Analysen 234, S. 2–5.
- Dzarusow, Ruslan (2014):** The Conundrum of Russian Capitalism, London.
- Dzarusow, Ruslan (2016):** The global crisis and its impact on the Eurasian Economic Union, in: European Politics and Society 17, S. 23–34.
- Dzarusow, Ruslan (2017):** Russian neo-revisionist strategy and the Eurasian project, in: Cambridge Journal of Eurasian Studies, DOI:10.22261/3P7NAR.
- El'cin, Boris (1994):** Zapiski prezidenta. Izdatel'stvo Ogonëk, Moskau.
- Fisun, Oleksandr (2012):** Rethinking Post-Soviet Politics from a Neopatrimonial Perspective, in: Demokratizatsiya 2/2012, S. 87–96.
- Glazew, Sergej (2015):** Reč' o neotložnyh merah po otryženiju ugroz suščestvovaniju Rossii, unter: www.business-gazeta.ru/article/140998.
- Glazew, Sergej/Tkachuk, Sergej (2015):** Eurasian Economic Union. Achievements and prospects, in: Dutkiewicz, Piotr/Sakwa, Richard (Hrsg.): Eurasian Integration – The View from Within, London, S. 61–83.
- Goskomstat Rossii (1998):** Rossija w cifrach, Goskomstat, Moskau.
- Goskomstat Rossii (2000):** Statističeskij Ežegodnik, Goskomstat, Moskau.
- Goskomstat Rossii (2002):** Promyšlennost' Rossii, Goskomstat, Moskau.
- Götz, Roland (2006):** Russlands Ressourcen. Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse und die Außenbeziehungen, Diskussionspapier, 2/2006, unter: www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/Ressourcenstaat_Ru_land_ks.pdf.
- government.ru:** Prawitel'stvennaja komissija po importozameščeniju, unter: <http://government.ru/department/314/about/>.
- Grinberg, Ruslan et al. (2006):** Industrial restructuring and economic reforms in Russia, INDEUNIS Papers, Russian Academy of Science.
- Hale, Henry E. (1999):** The Strange Death of the Soviet Union. Nationalism, Democratization and Leadership, Harvard University.
- IMF – International Monetary Fund (2008):** IMF Country Report 8/309.
- Ischtschenko, Wolodymyr (2023):** The Class Conflict behind Russia's War, in: Fogel, Benjamin et al.: The War in Ukraine & the Question of Internationalism, London, S. 15–23.
- Jaitner, Felix (2014):** Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin, Hamburg.
- Jaitner, Felix (2023):** Russland: Ende einer Weltmacht. Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus mit Ressourcenextraktivismus und Kriegswirtschaft in die Zukunft?, Hamburg.
- Jaitner, Felix/Olteanu, Tina/Spöri, Tobias (Hrsg.) (2018):** Crises in the post-soviet space. From the dissolution of the Soviet Union to the conflict in Ukraine, Abingdon.

- Jaitner, Felix/Spöri, Tobias (2018):** The tip of the iceberg? Protest and crisis-prone development in Central and Eastern Europe since 1989, in: *Social Science Review*, Special Issue: Civil societies and social movements in the changing democracies of Central and Eastern Europe.
- Kagarlitzki, Boris (2009):** Periferijnaja Imperija: Cikly ruskoj istorii, Izdatel'stvo Algoritm, Moskau.
- Kommersant (2008):** Vse ponimali, čto my stanovimsja političeskimi smertnikami, unter: <http://kommersant.ru/doc/1011188>.
- Kommersant (2015):** Kak predki zameščali, 12.8.2015, Nr. 144.
- kremlin.ru (2007):** Wystuplenie i diskussija na Mjunhenskoj konferencii po woprosam politiki bezopasnosti, unter: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts/page/357>.
- Kroll, Luisa (2008):** Billionaires 2008, 6.3.2008, unter: www.forbes.com/forbes/2008/0324/080.html.
- Kusznir, Kulia (2018):** Kazakhstan's political and economic development and the role of the ruling elites, in: Jaitner, Felix/Olteanu, Tina/Spöri, Tobias (Hrsg.): *Crises in the post-soviet space. From the dissolution of the Soviet Union to the conflict in Ukraine*, Abingdon, S. 241–254.
- Lane, David (2016):** Post-socialist regions in the world system, in: *European Politics and Society*, 17, S. 46–66.
- Liuhto, Kari (2007):** A future role of foreign firms in Russia's strategic industries, *Pan-European Institute* 4/2007.
- Lukjanow, Fjodor (2015):** Eurasia: The burden of responsibility, in: Dutkiewicz, Piotr/Sakwa, Richard (Hrsg.): *Eurasian Integration – The View from Within*, London, S. 290–303.
- Makarychev, Andrey/Medvedev, Sergei (2015):** Biopolitics and Power in Putin's Russia, in: *Problems of Post-Communism* 1/2015, S. 45–54.
- Matusevich, Maxim (2021):** Russian «Alternative» in sub-Saharan Africa: A Challenge to Western Liberalism, in: Ferrari, Aldo/Tafuro Ambrosetti, Eleonora (Hrsg.): *Russia's Foreign Policy: The Internal-International Link*, Italian Institute for International Political Studies, Mailand, S. 114–141.
- Matweew, Ilja (2021):** Between Political and Economic Imperialism: Russia's Shifting Global Strategy, in: *Journal of Labor and Society* 2/2021, S. 198–219.
- May, Christian/Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias (2014):** Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der vergleichenden Kapitalismusforschung, *PVS, Sonderheft* 48, S. 67–94.
- Meissner, Hannes (2018):** Azerbaijan between post-socialist crisis and fragile stability, in: Jaitner, Felix/Olteanu, Tina/Spöri, Tobias (Hrsg.): *Crises in the post-soviet space. From the dissolution of the Soviet Union to the conflict in Ukraine*, Abingdon, S. 225–240.
- Menschikow, Stanislav M. (2007):** The Anatomy of Russian Capitalism, *EIR News Service*, Washington D.C.
- Morris, Jeremy (2019):** Russia's Incoherent State, in: *Current History* 810, S. 251–257.
- Poulantzas, Nicos (1973):** *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, München.
- Putin, Wladimir (2012):** Nam nužna nowaja ekonomika, 30.1.2012, unter: www.vedomosti.ru/politics/articles/2012/01/30/o_nashih_ekonomicheskikh_zadachah.
- Robinson, Neil (2011):** Russian Patrimonial Capitalism and the International Financial Crisis, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 3–4/2011, S. 434–455.
- Rösler, Jörg (2010):** Nationalism and Economic Disparities. Lessons from the Dissolution of Yugoslavia and Czechoslovakia and the Secession of the Baltic States, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 3/2010, S. 341–354.
- Rosstat (2009):** *Rossija w cifrach*, Moskau.
- Rosstat (2018):** *Rossija w cifrach*, Moskau.
- Rupprecht, Tobias (2016):** Formula Pinochet. Chilean Lessons for Russian Liberal Reformers during the Soviet Collapse, 1970–2000, in: *Journal of Contemporary History* 1/2016, S. 165–186.
- Rutube (2023):** Plenarnoe zasedanii pri učastii Vladimira Putina i Abdel'madžida Trebbuna, unter: <https://rutube.ru/video/5538d8cd5702582887d29db2d7277e40/>.
- Sakwa, Richard (2004):** *Putin. Russia's Choice*, London/New York.
- Sakwa, Richard (2016):** How the Eurasian elites envisage the role of the EEU in global perspective, in: *European Politics and Society* 17, S. 4–22.
- Segert, Dieter (2010):** Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie?, in: *WISO* 3/2010, S. 29–42.
- Smith, Adrian/Swain, Adam (2010):** The Global Economic Crisis, Eastern Europe, and the Former Soviet Union: Models of Development and the Contradictions of Internationalization, in: *Eurasian Geography and Economics* 1/2010, S. 1–34.
- Spahn, Susanne (2014):** Die Hilfe des großen Bruders. Wie Russland die Krise in der Ukraine sieht, in: *Russland-Analysen* 273, S. 2–4.
- Strzelecki, Jan (2016):** The Eurasian Economic Union: a time of crisis, *OSW Commentary*, 1.2.2016.

Stykov, Petra (2006): Wirtschaftsinteressen in der «gelenkten Demokratie» (2000–2005), in: Dies.: Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzentrierung, Wiesbaden, S. 139–158.

Sušová-Salminen, Veronika (2018): After Neoliberal Transformation. Authoritarian Tendencies in Central and Eastern Europe, ePaper, transform! Europe.

taz (2014): Kernkraft statt Kohle, 23.9.2014, unter: <https://taz.de/Russland-hilft-bei-AKW-Bau-in-Suedafrika/!5032621/>.

Terechin, Ewgenij (2021): Russian-Ethiopia ties acquiring more intense dynamics, in: Ethiopian Herald, 1.1.2021, unter: <https://ethiopia.mid.ru/upload/iblock/f51/f512958d74748c218d4f81bf475b54ea.pdf>.

Tichonova, Natalja (2011): Armut in Russland, in: Russland-Analysen 222, S. 2–5.

Ustyuzhanina, Elena (2016): The Eurasian Union and global value chains, in: European Politics and Society 17, S. 35–45.

Volkov, Vadim (2008): State Corporations. Another Institutional Experiment, in: Pro et Contra 12/2008, S. 67–79.

Yurchenko, Yuliya (2012): «Black Holes» in the Political Economy of Ukraine: The Neoliberalization of Europe's «Wild East», in: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe 2–3/2012, S. 125–149.